

Kapitel IX

Entwicklung der ›neuen‹ indigenen Bewegung im Amazonasgebiet

1. Erste Organisationsgründungen

Die ersten ethnischen Föderationen im Tiefland entstanden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Gebiet der Asháninka (Campa) und Yanesha (Amuesha) am Ostabhang der Anden. Vorausgegangen waren erhebliche Gebietsverluste – vor allem seit der Unabhängigkeitserklärung und Gründung des Nationalstaats im Jahre 1821 – denen folgende Ursachen zugrunde lagen:

- Kolonialisierung durch Ausländer, die der Staat durch eine entsprechende Gesetzgebung Mitte des 19. Jahrhunderts unterstützte.
- Begleichung von Staatsschulden durch Überschreibung von Land an ausländische Unternehmen im Siedlungsgebiet der Asháninka Ende des 19. Jahrhunderts.
- Vordringen von Migranten aus dem peruanischen Hochland ab den 1940er Jahren (vgl. Chirif 1997: o.S.).

Der Einfluss der Kirchen, vor allem der evangelikalen, spielte eine wichtige Rolle bei der Gründung ethnischer Zusammenschlüsse der Asháninka und Yanesha. So hatten zum Beispiel junge Asháninka-Männer im Perené durch ihre Aktivitäten in Adventisten-Kirchen Erfahrungen in supralokaler Organisation gewonnen. 1959 bildeten sie die *Asociación de Nativos Campas del Perené*¹ und boten ihre Hilfe dem *Nationalen Kolonialisierungskomitee* andiner Migranten an. In einer gemeinsamen Agenda legten die Organisationen fest, dass Schulen für beide Gruppen errichtet sowie Möglichkeiten des direkten Vertriebs ihrer Produkte geschaffen werden müssten. Sie erreichten den Bau

1 Dt. ›Zusammenschluss der nativen Campas des Perené‹.

einer Reihe von Flugpisten und Schulen sowie die Demarkierung von Schutzgebieten – auf Grundlage der bereits erwähnten staatlichen Gesetzgebung aus dem Jahr 1957. 1961 klagte die *Asociación de Nativos Campas del Perené* jedoch die Kolonisten an, weil diese den Asháninka nicht die ebenfalls ausgehandelten Löhne für ihre Arbeitskraft zahlten. Mit dem Bruch des Bündnisses endeten zudem auch alle Aktivitäten des ethnischen Zusammenschlusses. Erst unter General Velasco, vor allem mit Verabschiedung des *Ley de Comunidades Nativas*, gründeten sie erneut eine Organisation, die als Handelskomitee zur Vermarktung ihrer Produkte fungieren sollte – die *Central de Comunidades Nativas de la Selva Central (CECONSEC)*² (Santos Granero und Barclay 1998: 282ff.; vgl. auch Casanto Shingari 1986; Chirif 1997).

In der benachbarten Region Satipo begannen einige indigene Autoritäten in den 1950er Jahren, lokalen Machthabern gegenüber Landrechte einzufordern und den Migranten Vergehen an der einheimischen Bevölkerung vorzuwerfen. Zwar ging daraus kein ethnischer Zusammenschluss hervor, aber es wurden Kontakte zu nicht-indigenen Organisationen hergestellt, wie zum Beispiel zur *Federación Nacional de Campesinos del Perú* oder zur *Federación de Campesinos de Satipo*³. Während also im Perené Allianzen zwischen ethnischen Zusammenschlüssen der Asháninka und nicht-indigenen Organisationen kreiert wurden, traten in Satipo einige Autoritäten auf individueller Basis nicht-indigenen Organisationen bei. Santos Granero und Barclay (1998: 287ff.) begründen dies vor allem damit, dass in Satipo die Tieflandbewohner nur teilweise in die kommerzielle Produktion involviert und gleichzeitig stärker sozial fragmentiert waren. Erst Anfang der 1980er Jahre wurde hier ein ethnischer Zusammenschluss gegründet. Dieser untergrub aber seine eigene Legitimität und Akzeptanz unter der Bevölkerung, da er enge Beziehungen zur Regierung aufnahm. Das führte zur Auflösung der Organisation Ende der 1980er Jahre.

In der Ucayali-Region begannen die Shipibo-Conibo ab Ende der 1960er Jahre sich zusammenzuschließen. Hier führt Morin (1992: 59) die Organisationsgründungen auf die Unterstützung von katholischen Missionaren zurück, die sich unter dem Einfluss der Befreiungstheologie ›indigenisierten‹, sowie auf die Unterstützung von Ethnologen, die der neuen ›Indigenenpolitik‹ von General Velasco folgten. Zu einem ersten Treffen im Jahre 1971 reisten 150

-
- 2 Dt. ›Zentrale der nativen Gemeinden der Selva Central‹ (1978 ins Leben gerufen). Mit der Unterstützung von SINAMOS-Mitarbeitern begannen Asháninka des Perené und Pichis allerdings schon 1970 eine Reihe von Versammlungen abzuhalten, die zur Gründung des *Congreso de Nativos Campas* führte. Der Kongress forderte die Schaffung einer eigenen Gesetzgebung zum Schutz der Tieflandbevölkerung (vgl. Chirif 1997).
 - 3 Dt. ›Nationale Föderation der peruanischen Bauern sowie Föderation der Bauern von Satipo‹. Beide Organisationen hatten enge Bindungen zur APRA, einer wichtigen sozial-demokratischen Partei.

Shipibo-Conibo aus teilweise bis zu sieben Tagesreisen entfernten Gemeinden an. Zu einem sieben Monate später einberufenen zweiten Kongress fanden sich bereits ca. 1000 Personen ein. Darüber hinaus nahmen auch Mitarbeiter des Landwirtschaftsministerium und von SINAMOS (Stefano Varese) teil.⁴ Morin zeichnet vor allem die kritischen Aussagen der wenigen bei der ersten Zusammenkunft anwesenden Frauen nach, die unter anderem folgende Aspekte umfassten: Zwietracht in den Gemeinden durch die lange Abwesenheit der Männer, die für die *patrones* arbeiten mussten; Mangel an Material, das die Frauen zum Kochen und für ihre Handwerkssarbeiten von den Männern forderten; außerdem notwendige organisatorische Veränderungen, um von der Landwirtschaft leben zu können. In diesen Beschwerden verdeutlichen sich für Morin die Probleme, welche die matrilokal organisierten Shipibo-Conibo durch das System der *habilitación* hatten. Sie verweist aber auch auf einen wichtigen Aspekt der Repräsentationsfrage, der bei allen frühen Organisationsgründungen eine Rolle spielte: der Konflikt zwischen lokalen Führungs-persönlichkeiten und zweisprachigen Lehrern, die auf die Schaffung legaler Ämter in den Gemeinden drängten:

»Formés par l’Instituto Lingüístico de Verano (I.L.V.), les maîtres bilingues de cette époque sont plus souvent les agents de l’intégration à la société nationale [...] Fascinés par la modernité, ils sont souvent les seuls dans la communauté, grâce à leur salaires, à arborer certains biens de consommation tels qu’un radio-transistor, une machine à écrire, des vêtements neufs et constituent en quelque sorte un embryon de classe sociale« (Morin 1992: 69f.).

Die wichtige Rolle der zweisprachigen, vom SIL ausgebildeten Lehrer bei den Organisationsgründungen hebt auch Gasché (2001) hervor. Dennoch schreibt Morin (1992: 70, 72), dass die Shipibo-Conibo beim ersten Kongress einen Repräsentanten wählten, der sowohl charismatisch und traditional legitimiert als auch ein vom SIL ausgebildeter zweisprachiger Lehrer war.⁵ Zumindest bei der ersten Generation von Repräsentanten indigener Organisationen scheint es somit ein wichtiges Erfolgskriterium gewesen zu sein, eine solide Kenntnis beider Lebenswelten zu besitzen: der ›nationalen‹ und der ›indianischen‹. Diesen Schluss legt auch die Studie von Greene (2004) zur politischen Selbstorganisation der Aguaruna nahe.

-
- 4 Höhepunkt dieser staatlichen Teilnahme an den Kongressen der Shipibo-Conibo war das Erscheinen von Präsident Velasco Alvarado zur vierten Zusammenkunft im Oktober 1972.
 - 5 Das Erwachsenen von Autorität aus einer gelungenen Verbindung beider Aspekte, also die Einnahme einer ›authentischen Vermittlerposition‹, beschreibt auch Oakdale (2004) anhand einer Gegenüberstellung der politischen Diskurse zweier Kayabi-Repräsentanten in Brasilien.

Während sich in der *selva central* und im Ucayali Asháninka, Yanesha sowie Shipibo-Conibo organisierten, begannen im nördlichen Teil des peruanischen Amazonasgebietes auch die Aguaruna und die Cocamilla Föderationen zu gründen. Die Jesuitenmission unterstützte im Oberlauf des Marañón eine Gruppe junger Freiwilliger aus Spanien, die sich *Desarrollo del Alto Marañón*⁶(DAM) nannten und die dort lebenden Aguaruna in Genossenschaften organisierten. Noch vor Ablauf des ersten Jahres gerieten DAM und Jesuitenmission in Konflikt miteinander, woraufhin sie getrennte Wege gingen. DAM unterstützte in der Folge die Organisation von Aguaruna-Gemeinden nach Flussläufen. 1975 gründete sich so der *Consejo Aguaruna Huambisa*⁷ (CAH) unter Leitung des charismatischen Aguaruna Evaristo Nugkuag Ikanan, der in den 1980er Jahren auch den panethnischen Zusammenschluss auf nationaler und internationaler Ebene entscheidend prägte. Im unteren Lauf des Huallagas organisierten sich derweil mit Unterstützung des US-amerikanischen Ethnologen Anthony Stocks die Cocamilla, die 1977 die *Federación de Comunidades Cocamillas*⁸ (FEDECOCA) gründeten.

2. Entstehung des nationalen Zusammenschlusses AIDESEP

Vor allem im Laufe der 1970er Jahre entstanden somit in verschiedenen Regionen des Amazonasgebietes ethnische Föderationen. Deren Repräsentanten reisten nach Lima, um in den Ministerien die Dörfer zu vertreten: Landdemarkierung, Schaffung grundlegender Infrastruktur, Einrichtung zweisprachiger Schulen sowie zivile Registrierung gehörten meist zu ihren zentralen Forderungen. Evaristo Nugkuag erinnert sich, dass sie sich immer wieder auf den Fluren von Ämtern und Institutionen über den Weg ließen (Gespräch Nugkuag 02.08.2005). Auf der anderen Seite gab es die individuellen Unterstützer unterschiedlicher Berufsrichtungen, darunter viele Ethnologen, die zu dieser Zeit zumeist in NGOs oder wissenschaftlichen Einrichtungen arbeiteten. Hinzu kamen studentische Vereinigungen, denen vorwiegend angehende Ethnologen angehörten. Sie setzten sich ebenfalls für die ethnischen Interessenvertretungen ein. Diese Personen, die alle relativ unabhängig voneinander arbeiteten, begannen ab 1977 regelmäßig Treffen in Lima abzuhalten. Anlass des ersten Treffens, das vom nordamerikanischen Ethnologen Richard Smith einberufen wurde, war die Verhaftung von Eth-

6 Dt. ›Entwicklung des Oberen Marañón‹.

7 Dt. ›Rat der Aguaruna-Huambisa‹.

8 Dt. ›Föderation der Cocamilla-Gemeinden‹.

nologen in Paraguay, die sich für die Rechte der dortigen Indianer eingesetzt hatten. Im Mittelpunkt der Zusammenkünfte standen der Austausch von Erfahrungen und die Festlegung gemeinsamer Arbeitsschwerpunkte. Ab dem zweiten Treffen dieser Gruppe, die sich zuerst *Grupo de Investigadores de la Selva*⁹ und später COPAL, *Solidaridad con los grupos nativos*¹⁰ nannten, nahmen auch Repräsentanten einzelner ethnischer Föderationen teil (vgl. Chirif 1997: o.S., 2005: 8; Smith 1996: 95f.). Es kam aber bald zu Konflikten, die von beiden Seiten im nachhinhein mit leicht unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen thematisiert wurden.

Die Ethnologin Margarita Benavides erinnert sich, dass sie sich bereits mehrfach mit den indianischen Repräsentanten getroffen hatten, als 1978 Evaristo Nugkuag in einer der Zusammenkünfte an die Tafel trat und ein Schema aufmalte. Bei diesem stand auf oberster Ebene das Wort ›Finanzinstitutionen‹, in der Mitte ›Ethnologen/NGOs‹ und auf unterster Ebene ›Indigenen‹. Alle drei Ebenen verband er jeweils mit einem Pfeil und strich am Ende die mittlere Ebene der ›Ethnologen‹ durch, um eine direkte Linie zwischen ›Indigenen‹ und ›Finanzinstitutionen‹ zu zeichnen. Evaristo Nugkuag habe dazu ausgeführt, so Benavides, dass die Repräsentanten der ethnischen Föderationen beschlossen hätten, in Zukunft selbst die Verträge und Projekte mit den Finanzinstitutionen aushandeln zu wollen. Sie (die versammelten nicht-indigenen Unterstützer) hätten sich von diesem Auftreten vor den Kopf gestoßen gefühlt (Gespräch Benavides 01.07.2005). Chirif (1995) und Smith (1996), die bei dieser Zusammenkunft auch zugegen waren, betonen in ihrer Darstellung der Ereignisse vor allem deren politische Folgen: die Gründung des nationalen Zusammenschlusses AIDESEP als wichtigen Schritt der ›indigenen Emanzipation und politischen Bewusstseinsbildung‹ (Gespräch Chirif 28.01.2004; Gespräch Smith 30.04.2004). Smith (1996: 94) charakterisiert den neuen nationalen Zusammenschluss als:

- eine freiwillige Allianz autonomer lokaler Gemeinden;
- eine von den Gemeinden gewählte und diese repräsentierende Führung, die diesen gegenüber Rechenschaft ablegen muss,
- eine Organisation, die politische Funktionen der Repräsentation und Lobbyarbeit mit technischen Funktionen für Verbesserung der Infrastruktur in den Gemeinden verbindet,

9 Dt. ›Forschergruppe zum Tiefland‹. Die Gruppe von Wissenschaftlern, die unter diesem Namen zusammentraten, nannten sich selbst in ihrem ersten internen Dokument »Die Erben der Denkrichtung von Barbados«. Dies hing auch damit zusammen, dass 1977 die zweite Barbados-Konferenz abgehalten worden war. Zur Gruppe gehörten u.a. Richard Smith, Alberto Chirif, Carlos Mora, Frederika Barclay, Fernando Santos, Margarita Benavides, Lucy Trapnell, Carolyn Heath, Dominique Temple und Mitglieder des Grupo DAM (Chirif 2005: 8; Greene 2004: 436f.).

10 Dt. Solidarität mit den ›Eingeborenengruppen‹.

- ein Zusammenschluss mit föderativem Charakter, dessen verbindendes Element eine gemeinsame ethnische Identität ist (bzw. auf nationaler Ebene das ›Indigen-Sein‹),
- eine Organisation, die das Ideal der Autonomie gegenüber Parteien, Staat und Kirche aufrechterhält.

Carlos Mora, wie Chirif ehemaliger SINAMOS-Mitarbeiter, betont hingegen in seiner Erinnerung des Entstehungsprozesses, wie Benavides, dass es den AIDESEP-Gründern vor allem um die eigenständige Verwaltung von Entwicklungsprojekten und -geldern ging. Aus diesem Grund hätten sie sich auch für einen Namen entschieden, der das Wort ›Entwicklung‹ beinhaltete. Gleichzeitig hebt er hervor: »Es waren hauptsächlich diese Delegierten ohne eine Repräsentation der Basis, es gab keinen großen indigenen Kongress mitten im Regenwald, um eine politische Entscheidung zu treffen« (Interview Mora 15.01.2004).

Er zweifelt die Legitimation AIDESEPs als politische Repräsentationsinstanz der Tieflandindianer an und erblickt, im Gegensatz zu Smith und Chirif, darin nicht die Formation einer neuen, im lokalen Kontext relevanten politischen Gemeinschaft.

Auch Evaristo Nugkuag verweist in seiner Darstellung der Gründungsphase von AIDESEP auf den Hauptkonfliktpunkt zwischen den Repräsentanten der ethnischen Föderationen und ihren nicht-indigenen Unterstützern. Er betont wie Chirif und Smith den Emanzipationswunsch. Hierbei definiert er aber den Zugang zum institutionalisierten Wissens- und Ressourcenmanagement als zentralen Aspekt des Organisationsprozesses. Ihm geht es nicht um einen allgemeinen ›politischen Bewusstseinsbildungsprozess‹, sondern um Aneignung von technischem Wissen, das er als zentral für den Zugang zu politischer Macht innerhalb der nationalen Gesellschaft definiert:

»Ich kam im Auftrag von CAH ab 1977 regelmäßig nach Lima.[...] In dieser Zeit wurde CIPA¹¹ gegründet, von ehemaligen SINAMOS Mitarbeitern wie Alberto Chirif und Carlos Mora. Gleichzeitig gründete sich ein Zusammenschluss von Ethnologen wie Alberto [Chirif], Lucy [Trapnell], Flica [Barclay]. Alle leisteten solidarische Unterstützung für uns, die wir ja nicht in Lima bleiben konnten, sondern in unsere Gemeinden zurückkehren mussten. [...] Wir gaben ihnen unsere Dokumente, und sie erledigten viele Angelegenheiten in unserem Namen. Alberto und Carlos gründeten CIPA, um die Bedürfnisse der Gemeinden vertreten zu können. Sie sagten, dass sie die Unterstützungsarbeit nicht umsonst machen könnten, da sie ja auch

11 *Centro Privado de Investigación-Acción*; dt. ›Privates Zentrum für Forschung und Aktion‹, eine peruanische NGO, die sich am Anfang vor allem für die Titulierung indigener Territorien einsetzte und bis heute Projekte in indigenen Gemeinden durchführt.

von etwas leben müssten. HIVOS¹² unterstützte CIPA und ermöglichte die Anmietung eines eigenen Büros und die Bezahlung von Gehältern. Wir hatten gute Beziehungen zu Alberto und Carlos, begannen aber nun auch einen eigenen nationalen Zusammenschluss zu gründen. [...] Wir wollten aufhören, von anderen abhängig zu sein. So geschah es im November 1979, dass wir ein Treffen mit unseren nicht-indigenen Unterstützern einberiefen, um ihnen unsere Idee zu unterbreiten: Wir wollten einen unter uns auswählen, der in CIPA mitarbeiten sollte, damit dieser lernen und danach den anderen beibringen könne, nicht von anderen abhängig zu sein. Doch die Mitarbeiter von CIPA lehnten unseren Vorschlag ab mit der Begründung, dass ihre Organisation eine von Fachleuten in Lima sei« (Gespräch Nugkuag 02.08.2005).

Der Gründungsprozess von AIDESEP erweist sich in diesem Sinne als ein »battlefield of knowledge« (Long 1996) der involvierten Akteure. Während die Unterstützer in Nugkuags Erinnerungen zu diesem Zeitpunkt ein gemeinsames Projekt von ›(Neo)Indigenisten‹ und ›Indianisten‹ anstrebten, mit einer Arbeitsteilung zwischen nicht-indigenen Fachleuten und indigenen Repräsentanten, verstand er den Emanzipationsprozess anders. Die ›Unabhängigkeitserklärung‹ des sich neu formierenden nationalen Zusammenschlusses zielte für ihn auf die vollständige Durchbrechung der Vermittlerkette ab bzw. deren Substitution durch ›eigene Leute‹. Auch die solidarischen Unterstützer wurden als überlegene Vermittler betrachtet, von denen man sich in der näheren Zukunft emanzipieren wollte.

Weiteren Aufschluss über die Zielsetzungen der zentralen indigenen Akteure bei der Entwicklung der Amazonas-Bewegung gibt die Umbenennung des ersten nationalen Zusammenschlusses: 1979 vereinigten sich die Repräsentanten der Amuesha, Asháninka, Aguaruna-Huambisa, Shipibo-Conibo und Cocamilla zunächst im *Consejo de Comunidades Nativas de la Selva Peruana* (COCONASEP)¹³, 1980 benannten sie diesen dann in AIDESEP um. Evaristo Nugkuag begründet den Schritt wie folgt: »Wir wollten eine Gewerkschaft gründen, aber Belaúnde war gegen Gremien. Er nannte deren Mitglieder ›Kommunisten‹. Deshalb wechselten wir zur Bezeichnung ›Verband‹. Und, weil die Regierungen immer von ›Entwicklung‹ reden, warum also nicht auch wir« (Gespräch Nugkuag 02.08.2005)?

Das Zitat von Nugkuag verdeutlicht, in welchem schwierigen politischen und historischen Kontext die Genese der Organisationen stattfand und wie sie durch nationalstaatliche Kategorisierungen geprägt wurde: Der Verband regelt soziale Beziehungen in der modernen Gesellschaft. Er kann somit als zivilgesellschaftliche Einrichtung innerhalb des Nationalstaates verstanden werden

12 ›Humanistisch Instituut voor Ontwikkelingssamenwerking‹; niederländische NGO.

13 Dt. ›Rat der nativen Gemeinden des peruanischen Regenwaldes‹.

(vgl. Kramer 2000: 127). Auch die Benutzung des Begriffs ›Entwicklung‹ ging konform mit offiziellen Diskursen der Regierung. Durch die wirtschaftlichen Sanktionen von internationaler Seite in Reaktion auf den ›politischen Sonderweg‹ Perus zwischen 1968 und 1980 sowie vor allem durch den Beginn der terroristischen Aktivitäten des Leuchtenden Pfades war das politische Klima in Peru um 1980 sehr gespannt. Die neu in Erscheinung tretenden Akteure aus dem Tiefland mussten sich von ›allzu linken‹ Kräften distanzieren, um als eigenständige politische Subjekte wahrgenommen zu werden und ungehindert arbeiten zu können. Nugkuags Ausführungen belegen in diesem Zusammenhang das politisch-strategische Geschick, mit dem er und seine Mitstreiter ihre Zielsetzungen umzusetzen wussten.

1985 legalisierte sich AIDESEP und erhielt den Status einer NGO.¹⁴ Damit fügte sich der Zusammenschluss endgültig in die moderne Organisationslogik ein. Nur so war es den Verantwortlichen in AIDESEP auf Grund der peruanischen Gesetzgebung möglich, autonom zu agieren: Verträge zu unterzeichnen, Spenden entgegenzunehmen, ein Bankkonto zu eröffnen, Kredite zu beantragen, Angestellten Verträge auszustellen etc. Jedoch blieb gleichzeitig die Abgrenzung von NGOs – definiert als politisch nicht-repräsentative Organisationen – ein wichtiger Pfeiler ihres nach außen gerichteten Diskurses. Auch wurde der ›Emanzipationsprozess‹ von den Unterstützern in der Folge vor allem in der politischen Außendarstellung wichtig. De facto arbeiteten die indigenen Repräsentanten jedoch weiterhin eng mit den Ethnologen und anderen nicht-indigenen Sympathisanten zusammen, da deren Fachwissen und deren Verbindungen zu internationalen Finanzinstitutionen für die eigene Arbeit noch immer unabdingbar waren. Die Unterstützer verfügten über den privilegierten Zugang zu wichtigen ›Ressourcen erster und zweiter Ordnung‹ (Boissevain 1974)¹⁵: spezifisches Fachwissen sowie strategische Kontakte zu Finanzgebern.

Organisationsstruktur und Arbeitsschwerpunkte von AIDESEP

AIDESEP ist hierarchisch gegliedert und weist in seinem Aufbau Ähnlichkeiten mit Gewerkschafts- oder Parteistrukturen auf – mit dem Unterschied, dass Mitgliedschaft nicht individuell, sondern kollektiv (Dorfgemeinschaft)

14 Vor allem die Asháninka, Shipibo-Conibo und Aguaruna-Huambisa erlangten in der Folge eine hervorgehobene Bedeutung in der Organisation. Diese Dominanz ist einer der latenten Konfliktpunkte des Zusammenschlusses, der inzwischen ca. 47 lokale Föderationen umfasst.

15 Boissevain (1974) unterscheidet zwischen Ressourcen 1. Ordnung (Land, Geld, Arbeitskraft, spezialisiertes Wissen), die der *patron* kontrolliert und Ressourcen 2. Ordnung (strategische Kontakte), über die Vermittler (auch *broker* oder Makler genannt) verfügen.

erlangt wird. Hierarchie und Zentralisierung im Zusammenschluss werden jedoch durch die relative politische Autonomie der Föderationen und regionalen Mitgliedsorganisationen durchbrochen. Wie Smith (1996) schreibt, kennzeichnet Freiwilligkeit und lokale Unabhängigkeit die Vereinigung. AIDESEP spricht von vier Organisationsebenen, von denen die Gemeinde die primäre Kollektivierungsinstanz darstellt (vgl. AIDESEP 2005).

1. comunidad und Föderation

Ungefähr 1350 Gemeinden des Tieflands bildeten 2005 die Basis der Organisation. Diese primären Einheiten sind Teil suprakommunaler Zusammenschlüsse – manche nennen sich ›Föderationen‹, andere ›Rat‹, wieder andere tragen die Bezeichnung ›Entwicklungsorganisation‹. Manche von ihnen schließen sich auf Grund ethnischer Kriterien zusammen, aber in vielen Fällen bilden sie geografische Einheiten, die mehrere ethnische Gruppen umfassen können. Im Jahre 2005 gehörten, laut eigenen Angaben der Organisation, 56 solcher supralokalen Zusammenschlüsse AIDESEP an (AIDESEP 2005: 36f.). Koordination und Durchführung ihrer Arbeit erfolgt weitestgehend unabhängig vom nationalen Zusammenschluss.

2. regionale Organisation

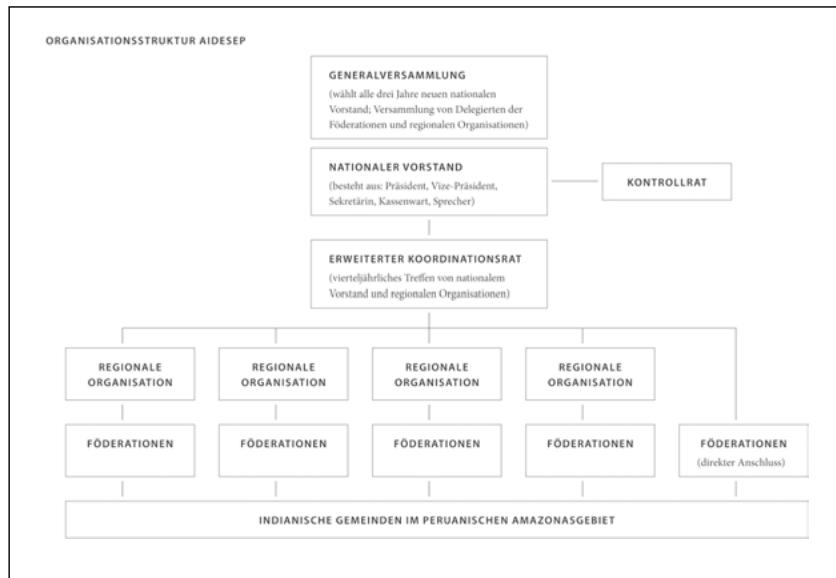
Als weitere Zwischeninstanz wurden ab Anfang der 1990er Jahre regionale Organisationen aufgebaut, welche die Kommunikation zwischen nationaler und lokaler Ebene erleichtern sollten. Diese regionalen Organisationen sind jedoch ihrerseits alle seit Ende der 1990er Jahre administrativ vom nationalen Verband unabhängig. In ihren politischen Richtlinien stimmen sie sich mehr oder weniger eng mit AIDESEP ab. Die sechs regionalen Organisationen umfassen unterschiedlich viele lokale Föderationen – in der Region Madre de Dios, im Südosten Perus, ist der supralokale Zusammenschluss *Federación Nativa de Madre de Dios* (FENAMAD)¹⁶ zum Beispiel gleichzeitig auch die regionale Vertretungsinstanz der darin zusammengeschlossenen Gemeinden.

3. nationaler Zusammenschluss

Der Vorstand von AIDESEP wird derzeit alle drei Jahre von Vertretern der Föderationen sowie der regionalen Organisationen neu gewählt. Er besteht aus einem Präsidenten, einem Vize-Präsidenten und Koordinatoren einzelner Programme sowie dem Schatzmeister. Der Vorstand trifft sich alle drei Monate im erweiterten Koordinationsrat mit den Präsidenten der regionalen Organisationen, um über die tagespolitische Arbeit zu beraten. Ferner gibt es ein Kontrollorgan, das mit Vorstandsmitgliedern einzelner Regionen besetzt ist und die Arbeit der nationalen Direktive überwachen soll.

16 Dt. ›Native Föderation von Madre de Dios‹.

Abbildung 14: Organisationsstruktur AIDESEP



Entwurf: Torsten Hartmann 2006; Vorlage: AIDESEP 2005

2005 arbeitete AIDESEP laut eigener Darstellung zu folgenden Bereichen:

- *Territorium und natürliche Ressourcen*: Seit dem Bestehen von AIDESEP konnte die Titulierung von 8 Millionen Hektar Land (ca. 10% des Tieflands) für mehr als 1000 Gemeinden erreicht werden, die Ausweisung von fünf Schutzgebieten für isolierte Völker und von fünf *reservas comunales*¹⁷. Die diesbezügliche Arbeit der Organisation wird von einem technischen Informations- und Planungszentrum für Territorialfragen unterstützt (CIPTA), das seinen Sitz in Iquitos hat.
- *Ausbildung zweisprachiger Lehrer*: 1988 wurde das Ausbildungsprogramm für zweisprachige Grundschullehrer FORMABIAP (*Programa de Formación de Maestros Bilingües de la Amazonía Peruana*)¹⁸ ins Leben gerufen. Es ist in die staatliche universitäre Struktur eingebunden und wird von AIDESEP mit koordiniert. Über 300 indigene Lehrer wurden bisher ausgebildet, 129 haben das Programm mit einem Titel abgeschlossen.

17 Dt. ›Kommunales Schutzgebiet‹; Gebiete, die an titulierte Gemeinden angrenzen und die diese kollektiv zur Subsistenzwirtschaft nutzen können. Siehe auch Kapitel VII.4.

18 Dt. ›Ausbildung zweisprachiger Lehrer des peruanischen Amazonasgebietes‹.

- *Interkulturelle Gesundheitsversorgung*: Mitte der 1990er Jahre begann die regionale Mitgliedsorganisation von Atalaya (OIRA) ein Pilotprojekt, bei dem indigene und westliche medizinische Kenntnisse zusammengeführt und durch Ausbildung vermittelt werden sollten. 2005 wurde ein zweites Pilotprojekt mit ähnlichen Zielen gestartet.
- *Indigene Frauen*: 1998 schaffte es die erste Frau in den Vorstand von AIDESEP, die Yanessa Teresita Antazú. 1999 wurde ein eigener Posten für ›Frauenfragen‹ geschaffen und 2002 ein entsprechendes Programm zur technischen Unterstützung eingerichtet.
- *Indigene Völker in ›freiwilliger Isolation‹*: siehe Punkt 1 (Territorium und natürliche Ressourcen) (AIDESEP 2005: 50ff).

Ein wichtiges Thema von AIDESEP war, wie schon den Ausführungen Nugkuags zu entnehmen ist, von Anfang an die Ausbildung von indigenen Fachleuten – Juristen, Ökonomen etc. Sie sollten in Zukunft die Aufgaben übernehmen, die bis dato noch von den nicht-indigenen Unterstützern geleistet wurden. Diese Idee unterstützten ausländische Ethnologen wie Andrew Gray oder Thomas Moore. Sie erreichten ab Anfang der 1980er Jahre, dass Stipendien für Schul- und Hochschulausbildungen an einzelne Jugendliche aus den Dörfern vergeben wurden. Hector Sueyo, Harakmbut aus der Region Madre de Dios, war einer der ersten Stipendiaten. Er erinnert sich, dass vor allem von Seiten der Ethnologen die Angst bestand, dass die Stipendiaten nach dem Studium in Lima nicht in ihre Heimatregionen zurückkehren würden.¹⁹ Gleichzeitig betont er, dass die Unterstützung durch Nicht-Peruaner von grundlegender Bedeutung für die Genese ihrer regionalen Organisation war (Gespräch Sueyo 09.06.2005).

Voz Indígena – Sprachrohr AIDESEPs

Ab 1982 gab AIDESEP eine eigene Zeitschrift heraus, die *Voz Indígena*²⁰. Die thematische Entwicklung der Zeitschrift sowie der Wandel der Darstellungsform verweisen auf einen markanten Institutionalisierungsprozess, den die Organisation seit ihrer Gründung durchlaufen hat.²¹ Im Folgenden möchte ich deshalb einen Blick auf die Verschiebungen inhaltlicher, terminologischer und gestalterischer Schwerpunktsetzungen der einzelnen Jahrgänge werfen,

19 Eine Befürchtung, die sich in vielen Fällen später bewahrheitete.

20 Dt. ›Indigene Stimme‹. Diese Zeitschrift erschien am Anfang vier bis fünf Mal im Jahr, später in unregelmäßigen Abständen.

21 Vgl. hierzu die theoretischen Ausführungen im Kapitel II.1. Ich danke Käthe Meentzen, die mir 2005 Zugang zu ihrem privaten AIDESEP-Archiv gewährte. So war es mir möglich, sämtliche bis dato erschienenen Ausgaben der Zeitschrift bei der Analyse zu berücksichtigen.

um der Frage nachzugehen, welche spezifische Funktion die Zeitschrift als Sprachrohr der Organisation heute besitzt: Wer kommuniziert mit wem und worüber wird gesprochen?

In den ersten Jahren war die *Voz Indígena* ein vor allem auf die Kommunikation zwischen lokaler und nationaler Ebene konzentriertes Informationsblatt mit Berichten über Probleme, Seminare, Kurse und Versammlungen in einzelnen Mitgliedsgemeinden. Ferner wurden Besuche von Repräsentanten aus den Föderationen in Lima thematisiert sowie Briefe von Mitgliedern an AIDESEP veröffentlicht, aus denen die Hoffnung der Gemeindemitglieder sprach, dass ihre Kinder mit Hilfe der Organisationen studieren könnten. Die Herausgeber der Zeitschrift zeigten vor allem Interesse an konkreten Problemen in einzelnen Mitgliedsregionen von AIDESEP, das Thema ›Kultur‹ – im Sinne einer materiellen Bestandsaufnahme – interessierte sie kaum (vgl. AIDESEP 1982 (1-4), 1983 (5-7), 1984 (8-9)). So erzählt die Deutsche Käthe Meentzen, Unterstützerin der ersten Stunde, dass sie und andere darauf drängten, die Zeitschrift auch »zur Darstellung der indianischen Kulturen« zu nutzen. Dieser Vorschlag fand jedoch nur ganz allmählich Aufnahme: »Die Indigenen wollten über Probleme und Versammlungen berichten, auch Fotos waren ihnen nicht wichtig« (Gespräch Meentzen 02.05.2005). Lediglich die Shipibo hätten schon 1979 eine Kooperative für Kunsthhandwerk gehabt. Meentzen schlussfolgert daraus, dass es unter den Shipibo ein ausgeprägteres Bewusstsein für ›Kultur‹ gab als in den anderen Gruppen. Ansonsten sei das Thema von den ›Weißen‹ in der *Voz Indígena* eingeführt worden. Die ersten fünf bis zehn Jahre habe es kein Bewusstsein unter den Organisationsmitgliedern dafür gegeben.

Themenschwerpunkte der ersten Jahre bildeten hingegen vor allem die Bereiche zweisprachige Erziehung, Gesundheit, Landprobleme und Invasion von Holzfällern in den Gemeindeländern. Gleichfalls wurden regionale, nationale und internationale Treffen beschrieben sowie Neugründungen von Föderationen. Man setzte sich kritisch mit dem SIL und allgemein mit der Arbeit der Missionare im Tiefland auseinander. Ab 1984 rückte dann die internationale Arena stärker ins Zentrum der Berichterstattung. Es wurde das Gründungstreffen der COICA beschrieben und der Zweck des Zusammenschlusses begründet (vgl. AIDESEP 1984 (9-11)). Allerdings stammten diese Beiträge hauptsächlich aus der Feder von Käthe Meentzen (Gespräch Meentzen 02.05.2005). Das lässt darauf schließen, dass die Verbreitung von Informationen über die internationalen Instanzen zu diesem Zeitpunkt vor allem für die nicht-indigenen Unterstützer eine große Bedeutung zu besitzen schienen. Auffällig ist, dass bis dahin die Terminologie zur Eigenbezeichnung in der Zeitschrift variierte: Es war von *nativos*, ethnischen Gruppen, indigener Bevölkerung und vereinzelt schon von indigenen Völkern die Rede (vgl. AIDESEP 1982 (1-4), 1983 (5-7), 1984 (8)). Mit dem Gründungstreffen der COICA

setzte sich jedoch in der *Voz Indígena* die Bezeichnung ›indigene Völker‹ durch: zuerst im Editorial der Mai/Juni-Ausgabe (AIDESEP 1984 (10)), dann wurde die Bedeutung des Begriffs in der darauf folgenden Ausgabe (AIDESEP 1984 (11)) erklärt.

Ein Jahr später berichtete man erneut von der Teilnahme AIDESEPs am Treffen der Arbeitsgruppe indigene Völker in Genf und postulierte »vida, tierra, autodeterminación«²² als zentrale indigene Forderungen (vgl. AIDESEP 1985 (13-14)). In der ersten Ausgabe des Jahres 1989 verwies man ferner im Editorial der Zeitschrift darauf, dass die Umsetzung des indigenen Territorialrechts die zentrale und erste Aufgabe der Organisation darstelle.

Eine weitere Neuerung im Jahr 1989 war die Berichterstattung von einem Treffen indigener Frauen. In diesem Zusammenhang wurde auf andere Themensetzungen der Frauen verwiesen: Misshandlung, Vergewaltigung, schlechte Arbeitsbedingungen, Krankheiten und Waisenkinder wären die zentralen Themen des Treffens gewesen (AIDESEP 1989 (23-24)).²³ Ferner berichtete man in derselben Ausgabe von der ersten Wahl eines lokalen indigenen Kandidaten in ein politisches Amt. Dieser drohte einem Wahlbetrug zum Opfer zu fallen, konnte sich aber erfolgreich dagegen wehren. Die Ausgaben von 1989 bestimmten ferner die Auseinandersetzungen mit der neu sich etablierenden nationalen Konkurrenzorganisation CONAP. Man beschuldigte nicht-indigene NGOs, an der Gründung dieses Zusammenschlusses maßgeblich beteiligt gewesen zu sein, um AIDESEP zu schwächen und die eigene Position auszubauen. Während das Feindbild Missionar im Laufe der Zeit etwas verblasste, rückten andere Gegner ins Zentrum: in erster Linie NGOs, denen ein paternalistischer Umgang mit dem ›Thema Indigene‹ vorgeworfen wurde (AIDESEP 1989 (21-24)).

Ab 1991 bekam die Zeitschrift eine feste Struktur. Die Rubriken Gesundheit, Frauen, Territorium, Bildung, Umwelt, Menschenrechte und politische Rechte wurden dauerhaft eingerichtet. Auch die Darstellung internationaler Entwicklungen und die der internationalen Vernetzung AIDESEPs erhielten mit Beginn der 1990er Jahre breiten Raum in der Zeitschrift. Zudem wurde der Zuwachs an lokalen Föderationen, vor allem im Lichte der Auseinandersetzungen mit der nationalen Konkurrenzorganisation CONAP, zu einem wichtigen Gradmesser der eigenen Organisationsstärke. So hielt man in der ersten Ausgabe von 1992 fest, dass fünfundzwanzig Föderationen AIDESEP angehörten und sich im letzten Kongress fünf neue angeschlossen hätten. Es wurden sieben indigene Abgeordnete in regionalen Parlamenten und ebenso viele indigene Bürgermeister gezählt (AIDESEP 1992 (30-31)).

22 Dt. ›Leben, Land, Selbstbestimmung‹.

23 1991 berichtet die *Voz Indígena* von der Einrichtung eines Frauensekretariats in der Leitung der AIDESEP. Allerdings bleibt der Posten unbesetzt und wird ab der darauf folgenden Ausgabe auch nicht wieder erwähnt.

Von 1991-93 standen die Gründungen anderer internationaler Zusammenschlüsse²⁴, denen AIDESEP beitrat, eine Evaluierung des indigenen Aufstands in Ecuador, die Unterzeichnung der ILO 169 durch Peru sowie die Verleihung des Friedensnobelpreises an Rigoberta Menchú im Zentrum der Berichterstattung. Ende 1993 wurde die Zeitschrift eingestellt (AIDESEP 1993 (36-37)) und erschien erst ab 2003 in unregelmäßigen Abständen erneut.²⁵

Die neuen Ausgaben tragen die Zahlen 25, 26, 27 und verstehen sich damit wohl als Anschlussnummern zu den Zeitschriften des Jahres 1989. Sie sind professionell gestaltet und fokussieren vor allem die Darstellung der Arbeit im Kontext nationaler Entwicklungen. Die *Voz Indígena* 26 richtet sich in einer kurzen Einleitung an folgende Leser: »die Brüder der Basis, unsere Mitbürger und unsere Freunde aus Peru und der Welt« (AIDESEP 2004b: 3). Die ›Brüder der Basis‹ kommen jedoch selber nicht mehr direkt zu Wort bzw. hauptsächlich vermittelt durch die regionalen Instanzen. Im Gegensatz zu den Zeitschriften der frühen Jahre steht vor allem die Präsentation der legalen Erfolge und institutionellen Weiterentwicklungen der nationalen Instanz im Vordergrund. Die Vorstellung einzelner Projekte erfolgte hingegen schon in den 1980er Jahren, in den neuen Ausgaben nehmen sie jedoch die Form von ›Programmen‹ an. Dies verweist auf einen Institutionalisierungsprozess der thematischen Arbeitsschwerpunkte AIDESEPs. Viele farbige Fotos veranschaulichen die Inhalte der einzelnen Artikel, die eine gefestigte Terminologie vorweisen: Im Vergleich mit den ersten Ausgaben der Zeitschrift sticht unter anderem die durchgängige Verwendung der Begriffe ›indigene Völker‹ und ›Territorium‹ hervor, die sich allerdings schon in den späteren Ausgaben der 1980er Jahre durchgesetzt hatte. In der Jubiläumsausgabe zum 25-jährigen Bestehen AIDESEPs (AIDESEP 2005) rückt die Geschichte der Organisation ins Zentrum der Darstellung. Neben den ehemaligen Präsidenten kommen auch einige ihrer langjährigen Unterstützer zu Wort.

Insgesamt belegt die Durchsicht der Zeitschrift aus den verschiedenen Epochen der Organisationsgeschichte den Professionalisierungsprozess AIDESEPs, der deutlich einhergeht mit einer Perspektivveränderung: Nicht mehr so sehr einzelne lokale Probleme, sondern die von der nationalen Instanz AIDESEP eingenommenen, politischen Positionen stehen im Vordergrund. Die

24 So entstand unter anderem 1990 das *Klimabündnis*, ein Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit indigenen Völkern der Regenwälder eingingen, die sie als wichtige Partner im Kampf um den Erhalt des globalen Klimas ansehen. Auch wurde 1992 die *Alianza Mundial de los Pueblos Indigenas de los Bosques Tropicales* auf einer Konferenz in Malaysia gegründet, ein Bündnis, das sich für die Rechte indigener und tribaler Völker und für deren Vernetzung untereinander einsetzt.

25 Bis 2005 erschienen drei neue Ausgaben.

Zeitschrift hat sich zu einem Sprachrohr entwickelt, das weniger der Rückkopplung zwischen ›Basis‹ und ›Führung‹ als Repräsentationszwecken gegenüber Staat und externen Unterstützern dient. Sie dokumentiert die Arbeitserfolge der Organisation und kann zur Legitimation des eigenen Führungsanspruchs herangezogen werden – auch, aber eben nicht primär, gegenüber der eigenen politischen Gemeinschaft. Ob die Zeitschrift auf lokaler Ebene verteilt und gelesen wird, lässt sich schwer belegen. Anzunehmen ist jedoch eine eher geringe Verbreitung, da mündliche Kommunikationsformen im Tiefland schriftlichen vorzuziehen werden und in den von mir besuchten Gemeinden kaum AIDESEP-Publikationen vorhanden oder bekannt waren. Das ›geschriebene Wort‹ erreicht und beeindruckt vor allem diejenigen, die für den Erhalt der Organisation am wichtigsten sind: europäische und nordamerikanische Unterstützer.

Wachstum und Fragmentierung

»Es gibt keine einzige Organisation eines indigenen Volkes, die [ausreichend] Legitimität genießt, um alle Gemeinden zusammenrufen zu können« (Interview Mora 15.01.2004).

In dem Maße, in dem die Organisation wuchs, neue Föderationen auf lokaler Ebene gebildet wurden und auch international ein übergeordneter Zusammenschluss entstand, wurde die Frage nach der politischen Legitimität AIDESEPs von verschiedenen Seiten immer eindringlicher gestellt. Wie wir im Folgenden sehen werden, entwickelte sich dieser Konflikt parallel auf zwei Ebenen: im nationalen und im lokalen Kontext.

Ab Mitte der 1980er Jahre erhielt AIDESEP die ersten Projektgelder in kleinerem Umfang zur eigenen Verwaltung. Evaristo Nugkuag erinnert sich, wie schwierig es am Anfang war, finanzielle Unterstützung für die nationale Organisation zu erhalten:

»Unterstützung bekommt man erst, wenn die Geldgeber Erfolge der Organisation sehen. Brot für die Welt und *Oxfam América*, die zu diesem Zeitpunkt bereits meine lokale Föderation CAH unterstützten, ließen sich davon überzeugen, dass auch eine Unterstützung von AIDESEP gut sei [...]« (Gespräch Nugkuag 02.08.2005).

Zuvor waren einzelne lokale Organisationen direkt bzw. über NGOs unterstützt worden. Nun schienen die externen Geldgeber auch zu AIDESEP Vertrauen zu fassen und die Verwaltungsvorteile einer zentralen Instanz für sich zu erkennen. Ende der 1980er Jahre hatte AIDESEP ca. 40 Angestellte und konnte über Programmelder in Höhe von Hundertausenden von Dollars verfügen. Das »Finanzierungssyndrom« (Smith 1996: 99) drang ins Innere von AIDESEP vor: der Druck, möglichst viele Gelder einzutreiben. Daran

wurde der Erfolg der Repräsentanten gemessen. Der umfangreiche Geldfluss unterstützte einerseits den Prozess neuer Föderationsgründungen auf lokaler Ebene – häufig angeschoben von AIDESEP (vgl. Greene 2004). Andererseits kam es bald zu den ersten öffentlich gemachten Korruptionsfällen in den Organisationen, sowohl auf Ebene des internationalen Zusammenschlusses der COICA als auch in AIDESEP. Dies führte in der Folge, auf Druck der internationalen Geldgeber, zu einem Dezentralisierungsprozess. Auf regionaler Ebene gegründete Zweigstellen von AIDESEP begannen, sich als unabhängige Organisationen legal zu konstituieren und eigene Projektverträge mit internationalen Finanzinstitutionen und Unterstützer-NGOs abzuschließen. Zuvor waren Projektgelder bereits in AIDESEP Lima hängengeblieben und für andere Zwecke ausgegeben worden. Allerdings erwies sich die direkte Zuweisung von Projekten an die regionalen Koordinationsinstanzen oftmals als ebenso problematisch, was zu weiteren Korruptionsfällen führte.

AIDESEP stand zudem von Anfang an in Konflikt mit verschiedenen anderen Organisationen: zum einen mit CISA, zum anderen mit nicht-indigenen NGOs, die Projekte ohne Abstimmung mit AIDESEP in Gemeinden des Amazonasgebietes durchführten. Der Konflikt war für Smith (1996: 98) vor allem ökonomisch begründet: ein Streit um Fördergelder. Nach dem Ende der Militärregierungen und durch die Rücknahme vieler unter General Velasco durchgeföhrter Reformen war die Nachfrage nach nicht-staatlicher technischer Hilfe und Weiterbildung sowohl in den urbanen Zentren als auch auf dem Land groß (vgl. Ávila 2000). Alberto Chirif (1995: 352) führt dazu aus, dass das Erscheinen von AIDESEP einen Einschnitt in die Aktionsfelder der etablierten Lobby-Institutionen bedeutete, sowie den Verlust ihrer hervorgehobenen Vermittlerfunktion zwischen indigenen Gemeinden, Staat und Finanzinstitutionen. Viele lokale Föderationen wollten nun selbst diese Funktion ausfüllen oder aber AIDESEP als ihrer nationalen Vertretungsinstanz diese Aufgabe überantworten. Die internationalen Finanzinstitutionen fingen im Gegenzug an, ihre Geldvergabe davon abhängig zu machen, ob die peruanischen NGOs ihre Arbeit mit AIDESEP abstimmten. Dieser Konflikt um Gelder und Kontrollfunktionen begünstigte die Entstehung einer weiteren nationalen Interessenvertretung der Amazonasbewohner, der *Confederación de Nacionalidades Amazónicas del Perú* (CONAP).

Der Konflikt zwischen AIDESEP und CONAP

1987, nach einem Treffen des Präsidenten Alan García mit Hunderten von Vertretern von *comunidades nativas* in Pucallpa, wurde CONAP gegründet.²⁶ Fünfzehn Föderationen aus dem Amazonasgebiet kamen zu einem von CISA organisierten Kongress in Lima zusammen und bildeten den neuen nationalen Zusammenschluss. Chirif (1995) und Smith (1996) interpretieren die Gründung von CONAP als Schachzug nicht-indigener NGOs und von CISA, um AIDESEP zu schwächen und ihre eigene Position zu stärken. Jedoch bietet sich auch eine andere Lesart an: Während in AIDESEP in den 1980er Jahren die Aguaruna unter Leitung von Evaristo Nugkuag dominierten, waren die Gründer und Hauptakteure von CONAP in der Anfangszeit Amuesha (vgl. Pacheco 2000: 256). Dies lässt darauf schließen, dass auch interne Interessenkonflikte und Machtkämpfe die Entstehung einer weiteren nationalen Vertretungsinstanz begünstigten (vgl. Greene 2004: 445f.). Die ethnische Abgrenzung wurde in der transethnischen Organisation nicht ›überwunden‹ – wie *Survival International* postulierte (vgl. Kapitel VII) – sondern blieb weiterhin relevant.

AIDESEP versagte in der Folge CONAP öffentlich die Legitimität als Repräsentationsorgan. In Zeitungsartikeln nannten sie sich selbst die ›authentischen‹ Repräsentanten, zum Ausdruck gebracht in ihrer ›akkreditierten‹ Arbeit mit internationalen Organisationen und als Empfänger des alternativen Nobelpreises (Greene 2004: 443). Auch auf lokaler Ebene wiederholte sich der Streit zwischen AIDESEP und CONAP. Dort äußerte er sich in neuen Föderationsgründungen, die sich von bestehenden abspalteten. So entstanden zum Beispiel an verschiedenen Orten im *departamento*²⁷ Amazonas Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre neue Aguaruna Föderationen. Diese schlossen sich CONAP an bzw. lösten sich vom AIDESEP-Gründer Evaristo Nugkuag und seinem bereits vorgestellten *Consejo Aguaruna Huambisa* (CAH) als der bis dahin in der Region dominanten Organisation.

Neben der von AIDESEP-Unterstützern meist propagierten negativen Beurteilung, derzufolge die Fragmentierung der Organisationen sowie die beständigen Neugründungen die politische Bewegung der Tieflandindianer schwächen, bieten sich auch zwei alternative Einschätzungen des Prozesses an:

- Man kann diesen, bezogen auf den nationalen Kontext, politikwissenschaftlich als demokratischen Ausdruck vielfältiger Meinungen interpretieren. Demzufolge gibt es nicht eine nationale Vertretung, sondern zwei

26 1986 begann Alan García seine sogenannten *rimanakuy* (Quechua; dt. ›Dialog‹) – direkte Treffen mit Vertretern aus Gemeinden, um Probleme zu diskutieren und Lösungen zu suchen.

27 Peru ist in 24 politisch-administrative Einheiten unterteilt, die *departamentos*.

- ›Parteien‹. Auch wenn beide Organisationen ihre Arbeit als ›überparteilich‹ definieren, vertreten sie letztendlich nur die jeweiligen Ansichten eines Teils der Tieflandindianer. Nicht alle können sich mit den Zielsetzungen AIDESEPs identifizieren. CONAP stellt sich diesbezüglich als Alternative mit teilweise unterschiedlichen politischen Forderungen dar.
- Man kann die Abspaltungen sowie Neugründungen von Organisationen ethnologisch als Manifestation des dominanten akephalen Vergesellschaftungsprinzips der Tieflandindianer deuten. Misstrauen gegenüber ›korrupten‹ Repräsentanten und die ständige Herausbildung neuer Fraktionen innerhalb der Dörfer bzw. auf suprakommunaler Ebene verhindern die Machtanhäufung in den Händen Einzelner.

Der Konflikt zwischen AIDESEP und CONAP hält bis heute an, jedoch gibt es inzwischen auch Situationen, in denen beide Zusammenschlüsse kooperieren und sich gemeinsam gegen einen externen Dritten verbünden.²⁸ Allgemein unterscheidet beide Organisationen die Schwerpunktsetzung in ihrem jeweiligen offiziellen Diskurs: Während AIDESEP die Interessen von Regierung und privaten Unternehmen am Abbau der natürlichen Ressourcen im Siedlungsgebiet Indiger vollständig ablehnt, glaubt CONAP, dass es vor allem um eine gerechtere Beteiligung der Indigenen an der Nutzung dieser Ressourcen gehen muss. Cesar Sarasara, Präsident der CONAP, meint diesbezüglich: »Idealismus ist sehr gut, aber lässt uns Realisten werden. [...] Wir sind Peruaner, [...] Teil eines Staates, der uns nicht gehört [...]. Deshalb müssen wir weise sein« (Interview Sarasara 21.01.2004).

Dieser ›pragmatische Realismus‹ lässt sich vielleicht auch mit der Entstehungszeit CONAPs erklären. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich, auf nationaler wie internationaler Ebene, ein Entwicklungspolitischer Diskurswechsel ab. War in den 1970er und frühen 80er Jahren politische Bildungsarbeit, die sogenannte ›Bewusstseinsbildung‹, Fokus der NGOs (sowie, wie im geschichtlichen Rückblick gesehen, zeitweise der peruanischen Regierung), änderte sich dies mit der globalen Dominanz neoliberalen Gedankenguts ab Mitte der 1980er Jahre. In den 1990er Jahren standen so vor allem wirtschaftliche Projekte auf den Aktionsprogrammen vieler peruanischer und internationaler NGOs (vgl. Ávila 2000).

28 Jedoch steht CONAP in nicht-indigenen Unterstützerkreisen stärker in der Kritik als AIDESEP. Der Organisation wird vorgeworfen, einen *top-down* Ansatz zu verfolgen und wenig demokratische Erneuerung (in Form von Wahlen) der Führungsspitzen zuzulassen. Hinzu kommen Verhandlungen mit Ölgesellschaften, die dem Ansehen der Organisation geschadet haben. Meist wird in der Unterstützer-Szene in Peru zwischen CONAP- und AIDESEP Sympathisanten auf exklusive Weise unterschieden.

CONAP setzt stark auf das Thema ›Wirtschaft‹ und plädiert, wie gerade beschrieben, für eine Beteiligung der Tieflandindianer an der ökonomischen Nutzung der Ressourcen des Amazonasgebietes. Sarasara drückte dies wie folgt aus:

»Das indigene Volk muss sich aktualisieren, muss an heute denken, vom Jetzt ausgehend die Zukunft in Angriff nehmen. Es sieht, wie die verschiedenen Firmen über Verträge mit dem Staat seinem Territorium die Ressourcen entnehmen, seit langem schon und alle verdienen daran. Ein großes Unternehmen präsentiert sich, und alle fordern Geld – die NGOs, die Kirche, der Staat, [...] alle Welt fischt nach dem Geld, nur der Indigene nicht, der sieht, dass seine Bodenschätze entnommen werden und wartet, dass der Staat ihm irgendwann hilft. Aber der hilft ihm auch nicht. Ich glaube deshalb, dass wir anfangen müssen, selber Dialoge zu führen und direkte Programme mit ihnen [den Unternehmen] abzuschließen« (Interview Sarasara 21.01.2004).

3. Zukunftsvisionen von AIDESEP und CONAP: Autonomie versus Integration

In der politischen Sphäre gilt ein einfacher Grundsatz: Einem jeden Anführer gedeiht es zum Vorteil, eine produktive Gesellschaft zu leiten (vgl. Kurtz 2001: 34). In zentralisierten Systemen ist die Kontrolle und Nutzung der wirtschaftlichen Produktion einer politischen Gemeinschaft sogar eine zentrale Ressource zur Etablierung politischer Macht. Was aber macht eine Führung, die ihre politische Gemeinschaft als freiwilligen Zusammenschluss definiert, die nicht auf die ökonomische Unterstützung ihrer Gefolgschaft zählen kann und ihrerseits von externen Unterstützern abhängig ist?

Sieht man das vorangegangene Zitat von Sarasara im Lichte dieser Frage, spricht er die zentrale Herausforderung an, denen die indigenen Organisationen gegenüberzustehen scheinen: der Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen für die von ihnen Vertretenen, die unausweichlich in das von staatlicher Seite geförderte marktwirtschaftliche System einbezogen sind. Dieses funktioniert im Tiefland vor allem auf Grundlage von Tätigkeiten, die auf Überschussproduktion und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausgerichtet sind: extensive Landwirtschaft, Viehzucht, Erdöl- und Gasförderung, Kupferabbau, Goldsuche, Abholzung von Edelhölzern – Aktivitäten, die in Konflikt stehen mit einem für indianische Gesellschaften des Amazonasgebietes als charakteristisch dargestellten Wirtschaftsmodell. Bei Letzterem steht nicht Akkumulation, sondern Umverteilung und Versorgung sowie Vielfalt der Nutzungsweisen der natürlichen Umwelt im Zentrum. Es ist eine Form der Ökonomie, die auf dem Prinzip der symmetrischen Reziprozität basiert – auf Austauschbeziehungen innerhalb und zwischen wirtschaftlichen Einheiten,

deren Ziel der Aufbau sozialer Verpflichtungen ist. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft zielt das Individuum in der Logik dieses Wirtschaftsmodells somit nicht auf die Vergrößerung des eigenen finanziellen Kapitals ab, sondern stärkt oder vergrößert über sozial und ökonomisch relevante Transaktionen seine bestehenden Netzwerke mit anderen Personen.

Trotz Einschluss in die Marktwirtschaft bleibt dieses System als normative Vorgabe für die Regelung sozialer Beziehungen im lokalen Kontext vielerorts im Tiefland weiterhin durchaus relevant (vgl. u.a. García 2003; Lehm 2003; Smith 2002b; Gasché 2004). Gasché (2004: 112) verweist in diesem Zusammenhang auf drei Ebenen, die für die Etablierung reziproker Austauschbeziehungen unter der indianischen Bevölkerung im peruanischen Tiefland bedeutsam sind: Arbeit, Distribution und Zeremonien. Wirtschaftlich (und damit auch sozial und politisch) relevante Kollektive entstehen durch Kooperation bei produktiven Tätigkeiten, durch das Teilen von Nahrungsmitteln und anderen Gütern sowie das gemeinsame Feiern von Festen und Riten. Diese verpflichtenden sozialen Bindungen werden durch Verwandtschaftsbeziehungen markiert und gestärkt. Das abstrakte, weitestgehend unpersönliche Arbeits- und Tauschmodell marktwirtschaftlicher Provenienz steht somit dem idealtypischen ›indianischen Modell‹ des miteinander Wirtschaftens konzeptionell entgegen. Allerdings lässt sich, wie auch Smith (2002b: 163) festhält, diese dichotome Gegenüberstellung in der Realität nicht aufrechterhalten: ›Kapitalistisches Denken‹, die marktwirtschaftliche Ausrichtung, findet sich auch unter Tieflandindianern. Smith verweist in diesem Zusammenhang auf Bora und Huitoto im Ampiyacu, die uneingeschränkte Jagd auf Tiere machen, deren Fleisch auf dem Markt viel Geld einbringt. Auch bei meinen Besuchen in Asháninka-, Huitoto- und Cocama-Cocamilla-Siedlungen erzählten mir Dorfbewohner und Organisationsvertreter immer wieder von Konflikten, die auf Grund ähnlicher Aktivitäten von Mitgliedern ihrer Gemeinden vor Ort entstünden. Es gibt zudem kaum noch Gegenden, in denen kein Geld benötigt wird, um handeln und Gegenstände des täglichen Bedarfs erwerben zu können. Die Teilnahme am marktwirtschaftlichen Tauschsystem gestaltet sich jedoch in den meisten Fällen weiterhin über Zwischenhändler: Das über Jahrhunderte gefestigte Patronage-System kennzeichnet die Beziehung zwischen indigenen Tieflandbewohnern auf der einen Seite und Händlern, Arbeitgebern sowie Repräsentanten des Staates auf der anderen Seite.

AIDESEPs Antwort: Konzentration auf die ›Rückeroberung‹ indigenen Territoriums

In Bezug auf die Frage, wie man dem Problem der Dominanz marktorientierten Denkens und dem gefestigten Patronage-System im Amazonasgebiet begegnen kann, nehmen die Vertreter von AIDESEP und CONAP unterschiedliche Positionen ein. AIDESEP lehnt zwar Verhandlungen mit multinationalen Konzernen ab, konnte aber bisher im Gegenzug keine erfolgreiche, praxiserprobte Strategie zur Umsetzung eigenbestimmter Wirtschaftsweisen in den bereits titulierten Gebieten entwickeln: »[...] der wirtschaftliche Druck auf die natürlichen Ressourcen der indigenen Völker wächst beständig. [...] Auch wenn das wirtschaftliche Problem [...] ganz oben auf der Liste der Forderungen steht, hat AIDESEP dieses Thema bisher nicht tiefgreifend behandeln können,« heißt es selbstkritisch in einem Memorandum der Organisation (AIDESEP 2002: 36; eigene Übersetzung aus dem Spanischen). AIDESEPs *Plan de vida*²⁹ (2003b) und ihr Vorschlag für eine »integrale indigene Wirtschaftsweise für eine Entwicklung mit Identität« (2004a) zielen zwar auf die Konkretisierung wirtschaftlicher Alternativen ab, formulieren aber weiterhin abstrakte Ziele: Es sind strategische Konzepte, die auf die Frage eingehen, was geschehen soll, wenn indigene Territorien demarkiert sind. Auf Föderations- oder Dorfebene zirkulieren diese Pläne selten. Unter den gegebenen Konflikten mit Siedlern aus anderen Landesteilen, illegalen Holzfällern, Händlern von Tierfellen, bezeichneten sie viele meiner lokalen Gesprächspartner zudem als »kaum umsetzbare Visionen«. Auf nationaler Ebene ist man sich dieses Problems bewusst. So hält der *Plan de vida* einleitend fest, dass »die Gemeinden sich in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Probleme nicht von den Organisationen repräsentiert fühlen« (AIDESEP 2003b: 9). Als Gegenstrategie wird die Gründung selbstverwalteter, kommunaler Unternehmen vorgeschlagen, zum Beispiel im Bereich des Ökotourismus und im Bereich der Kommerzialisierung von Handwerkskunstprodukten (AIDESEP 2003b: 25). Doch wie eine Studie von Lehm (2003) nachweist, sind diesbezügliche Initiativen bisher relativ erfolglos. Die Autorin spricht ein grundsätzliches Dilemma an: Zwar ist »indigenes Wissen« gegenwärtig durchaus gefragt – zum Beispiel von Pharamzieunternehmen oder im Bereich des Ökotourismus – aber der reale Nutzen für die lokale Bevölkerung bleibt dennoch meist gering.

Der Erfolg indigener Organisationen auf internationaler Ebene hat derweil zum Einschluss der ›Zielgruppe indigene Völker‹ in die Programme der Weltbank und anderer multilateraler Institutionen geführt. In den Wirtschaftsplänen dieser Einrichtungen erscheinen die indigenen Völker jedoch unter der

29 Dt. ›Lebensplan‹.

Rubrik ›Arme‹, denn sie werden auf Grundlage ihres mangelhaften Zugangs zu wirtschaftlichen Märkten und einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen kategorisiert (Lehm 2003: 8f.; vgl. auch García 2003). Der Wohlstand der Bevölkerung eines Landes wie Peru wird von Weltbank und IWF an Hand der Fähigkeit seiner Regierung beurteilt, die zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen in Waren des freien Handels zu verwandeln (vgl. Coronil 2000). Der Diskurs dieser Institutionen ist vom Expansionsdrang marktwirtschaftlicher Logik geprägt, der alternativen Wirtschaftskonzeptionen kaum Raum zur Entfaltung lässt. Eine weitere Konsequenz dieser ›Diskursdominanz‹ besteht in dessen Wirkung auf die Vertreter indigener Organisationen: Wie beschrieben steht die Kanalisierung bzw. Sicherstellung des Geldflusses für viele Repräsentanten im Mittelpunkt ihrer Arbeit – auch auf Druck ihrer ›Wählerschaft‹. Dies macht die Vertreter in erster Linie zu Empfängern bzw. Verwaltern von humanitären Hilfsgeldern und ihre Verbände zu ›Rentierorganisationen‹.

Der Traum vom indigenen Territorium

Im Angesicht des erdrückenden politischen Ungleichgewichts nimmt der Kampf um die ›indigenen Territorien‹ weiterhin eine zentrale Stellung in den organisatorischen Zielsetzungen AIDESEPs ein. Denn, ›das Thema Territorium ist das einzige, das sich in allen Köpfen Amerikas, vielleicht in der ganzen Welt, festsetzen konnte‹, konstatiert der AIDESEP-Unterstützer Pedro García (Gespräch García 10.06.2005). Und Haroldo Salazar, 2004 Vize-Präsident sowie 2005 Präsident von AIDESEP, umreist mit folgenden Worten das, was er als ›das Herzstück indigener Politik‹ bezeichnet:

›Wir haben mehr als 8 Millionen Hektar Land³⁰ [...] wir wollen [...] das indigene Territorium Perus erkämpfen. [...] unser Kampf hat sich bisher nicht darum gedreht Bürgermeister oder Kongressabgeordneter zu werden, nein, unser Kampf dreht sich darum, wie wir mehr Territorium gewinnen können [...] Wenn wir das einmal erreicht haben [...] können wir gewinnen, denn wir sind nicht viele Menschen, haben dann aber ein großes Territorium. Dann können wir in den Kongress einziehen.‹ (Interview Salazar 14.01.2004).

Der Kampf um die indianischen Siedlungsgebiete gilt – zumindest auf nationaler Ebene – erst dann als abgeschlossen, wenn zusammenhängende Territorien mit relativer Autonomie gegenüber der peruanischen Regierung bestehen.

30 Rummenhöller (2005: 2) spricht von bislang etwa 7 500.000 ha demarkierter Fläche, die ca.10% des peruanischen Amazonastieflandes ausmacht. 1.500 *comunidades nativas* konnten erfolgreich Land titulieren lassen, einige hundert Gemeinden sind noch nicht demarkiert.

Dabei gilt dieses Vorhaben unter den gegenwärtigen nationalen und internationalen Vorzeichen durchaus als eine »utopische Vision«. Im Gegensatz zu Ländern wie Kolumbien oder Brasilien muss das Land in Peru Stück für Stück, Dorf um Dorf, von den Organisationen »zurückerobert« werden (Interview Salazar 14.01.2004; Gespräch Antazú 26.05.2005; Gespräch García 10.06.2005; vgl. auch AIDESEP 2005).

García schildert die Komplexität des Problems an Hand eines Beispiels: In den 1970er Jahren half er, zusammen mit anderen Mitgliedern der bereits vorgestellten *Grupo DAM*, Aguaruna-Gemeinden am Cenepa, in Nordwestamazonien, bei der Titulierung ihrer Territorien. Ausgangspunkt ihrer Bemühungen war es, ein zusammenhängendes indianisches Gebiet zu schaffen bzw. zu erhalten. Dieses entwarfen die beteiligten indianischen Vertreter und ihre nicht-indigenen Unterstützer auf dem Papier wie ein Puzzle: Innerhalb eines festgelegten Bereichs wollten sie kommunale Landstücke erwerben, die sich derart aneinander fügten, dass keine nicht-indigenen Siedler mehr dazwischen Platz fänden. Allerdings mussten zu diesem Zweck einige Aguaruna-Familien innerhalb des Gebiets umsiedeln und neue *comunidades* gründen. Es waren allesamt »auf dem Reißbrett geschaffene« neue Gemeinden, betont García. Zuvor hatten die einzelnen Familien zwar auch an bestimmten Stellen bevorzugt gesiedelt, waren aber zum Jagen an andere Stellen innerhalb des Gebiets gezogen. Die zum Zwecke der Landtitulierung neu geschaffenen dörflichen Einheiten verwandelten sich jedoch mit der Zeit in feste Größen. Familien begannen, sich gegenseitig das Jagen in den Gebieten zu verbieten, die nun zur eigenen *comunidad* gehörten. Heute, so García weiter, würden vor allem die jungen Leute die *comunidades nativas* wie politische Einheiten behandeln, die seit jeher bestanden hätten. Sie interessierten sich nicht für das Thema »Territorium«, das eine umfassendere Vision von politischer Gemeinschaft enthielt. Sie sähen keine Möglichkeiten mehr, das Leben ihrer Vorfäder zu führen. Die Anfangsidee der 1970er Jahre, intern alles wieder zu einem zusammenhängenden Territorium zu erklären, sobald das Gebiet vollständig mit Einzeltiteln versehen worden wäre, ließe sich heute wohl kaum noch realisieren. Ein großer Teil des Problems läge aber, so García, auch auf staatlicher Seite: Die *comunidades* gehören alle zu größeren politischen Einheiten, in denen Indigene selten das Sagen haben – zu Kreisverwaltungen und regionalen Regierungen. Die Funktionäre dieser politischen Instanzen verfolgen eigene Absichten, die zu Interessenkonflikten zwischen ihnen und den indigenen Tieflandbewohnern führen – vor allem in Gebieten, in denen Öl und andere Bodenschätze gefunden werden. Der Staat sowie privatwirtschaftliche Unternehmen können dabei letztendlich nahezu ungehindert in indianisches Gebiet eindringen. Vor allem diese makropolitischen Prozesse, welche die indigenen Organisationen weiterhin kaum politisch beeinflussen können, stehen der Umsetzung des Traums eines indigenen Territoriums, aus Perspektive des AIDESEP-

Unterstützers, im Wege (Gespräch García 10.06.2005). Das Ideal eines autonomen indigenen Lebensraumes hat sich in der Realität vielerorts in eine von nationalstaatlichem Grenz- und Besitzdenken geprägte ›Kleingärtneranlage‹ verwandelt (vgl. hierzu auch Dean 2002: 210).

Dieser von García beschriebene Prozess veranschaulicht das von Appadurai (1996: 178ff.) konstatierte dialektische Verhältnis zwischen lokalen Subjekten und ihrer Umwelt. ›Nachbarschaften‹ als Kategorie der real existierenden sozialen Formationen, in denen Lokalität als Wert bedeutsam wird, sind immer historisch und kontextgebunden. Sie stehen in Opposition zu anderen und gehen aus ihnen hervor. Nachbarschaften sind einerseits die Vorbedingung für lokale Subjekte. Gleichzeitig tragen diese zur Veränderung, Ausgestaltung und Bestätigung derselben bei. Doch darüber hinaus gibt es größere Formationen, die die Fähigkeit zur Kontextproduktion von Nachbarschaften beeinflussen: Staaten, transnationale Unternehmen etc. Im Fall der indianischen Gesellschaften des Tieflands, die unter den Einfluss der komplexen Organisationsform eines Kolonialreichs und später eines Nationalstaats gerieten, generierte das Gesetz der *comunidades nativas* in den 1970er Jahren unter weiten Teilen von ihnen ein neues lokales Selbstverständnis, das sich am staatlichen Denken orientierte. Die offizielle Umdeutung der zuvor lose und flexibel definierten lokalen Nachbarschaften in feste politische Einheiten ermöglichte zwar die Sicherung und Rückeroberung von Landtiteln mit staatlichen Mitteln, unterhöhlte aber gleichzeitig die praktische Umsetzung des anvisierten Ziels der Schaffung eines zusammenhängenden indigenen Territoriums: Das Beispiel der Aguaruna-Gemeinden am Cenepa verdeutlicht, wie nachhaltig der nationalstaatlich ordnende Eingriff auf das lokale Selbstverständnis vielerorts im peruanischen Tiefland zurückgewirkt hat.

Andere engagierte Unterstützer der indianischen Gesellschaften des Amazonasgebietes bewerten den Traum des zusammenhängenden indigenen Territoriums deshalb eher kritisch. So meint Alberto Chrif:

»Er [Pedro García] träumt davon, dass das indigene Territorium eines Tages wieder eins wird. Ich halte das für gefährlich und nicht mehr machbar. Der Einschluss in die Marktwirtschaft ist zu weit fortgeschritten. Was passiert, wenn alles ein zusammenhängendes Territorium wird und ein *jefe* beschließt, Holz zu verkaufen? Nein, die Parzellierung bietet größeren Schutz gegen den totalen Ausverkauf« (Gespräch Chrif 20.07.2005).

Allerdings führt Chrif (2005: o.S.) auch das Gegenbeispiel der Matsé an, die ihr Territorium nach den Einzeltitulierungen wieder erfolgreich zusammenschlossen.

AIDESEP setzt sich in den letzten Jahren verstärkt für die Schaffung von Schutzgebieten für die ›indigenen Völker in freiwilliger Isolation‹ ein. Zu-

mindest bei diesen Gruppen ist eine weitestgehende Autonomie der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung weiterhin gegeben und kann durch entsprechende Schutzmaßnahmen auch in Zukunft garantiert werden. Für die Gemeinden, welche die Basis ihrer Organisation bilden, scheint diese Option jedoch gegenwärtig nicht mehr relevant zu sein.

CONAPs Antwort: Integration in marktwirtschaftliche Zusammenhänge

CONAP schlägt andere Wege ein. Die Organisation hat zwar die »Verteidigung der Kultur und Biodiversität indigener Völker« (CONAP o.J.: o.S.) als Leitspruch der Organisation gewählt, sieht aber dennoch im Abschluss von Verträgen mit Erdölunternehmen und Pharmaziekonzernen keinen Widerspruch zu diesem Grundsatz. In ihren institutionellen Richtlinien legt die Organisation als Aktionsfelder explizit »den Einschluss der indigenen Völker in die wirtschaftliche Aktivität« sowie »die Entwicklung von Unternehmen der indigenen Völker« fest (CONAP o.J.: o.S.). Während der wenig aufschlussreiche Ausdruck »wirtschaftliche Aktivität« nur im Zusammenhang mit dem Beiwort »Einschluss« verrät, dass die Organisationsvertreter dabei an die marktwirtschaftlich orientierte Form des Wirtschaftens denken, verdeutlicht die »Entwicklung von Unternehmen« vielleicht besser die eingenommene Perspektive. CONAP arbeitete bisher unter anderem mit den in das CAMISEA-Gasförderungsprojekt³¹ involvierten Unternehmen zusammen und hat einen Vertrag mit einer US-amerikanischen Universität abgeschlossen, in der die Kooperation beider Institutionen bei der Suche nach Heilpflanzen zur Entwicklung neuer pharmazeutischer Medikamente festgelegt wurde (Interview Sarasara 21.01.2004). Diese Aktivitäten bringen CONAP sowohl von Seiten AIDESEPs als auch von deren nicht-indigenen Unterstützern massive Kritik ein. Wie stark Letztere sich in die politische Ausrichtung der Organisationen einzumischen versuchen, verdeutlicht Sarasara, 2004 Präsident von CONAP:

»Einmal kam eine Deutsche zu mir, die die Asháninkas kennt, und sagte mir: Du verkaufst indigenes Wissen. Da habe ich ihr geantwortet: Ich verkaufe [indigenes Wissen]? Na gut, wenn du nicht willst, dass ich [es] verkaufe, wenn du mir eine andere Alternative bringst, dann werden wir die umsetzen« (Interview Sarasara 21.01.2004).

31 Camisea-Projekt: Bau einer 700 Kilometer langen Gasleitung durch das peruanische Amazonasgebiet, die Zugang zu mehr als 11 Trillionen Kubikmetern natürlichem Gas und mehr als 600 Millionen Barrel Petroleumgas bietet. Entlang der Gasleitung und Bohrstationen leben u.a. die Kugapakori und Nahua. Bisher von indigenen Organisationen angezeigte Probleme sind u.a.: massive Bodenerosion, Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung durch Abnahme von Fischbeständen und Verschlechterung der Wasserqualität.

Der Aguaruna Sarasara ist studierter Ökonom. Er nennt CONAP eine »Organisation von Armen« – arm im ›westlichen Verständnis‹, aber ›reich‹ in Bezug auf die kulturellen Kenntnisse über indianische Lebens- und Wirtschaftsweisen (Interview Sarasara 21.01.2004). Da die Beziehung zwischen Staat und Indigenen eine asymmetrische ist, sieht Sarasara momentan jedoch keine Chance dafür, indianischen Reichtum auf ›traditionelle Art und Weise‹ einzusetzen. In diesem Zusammenhang verweist er zum Beispiel auf die Missachtung der ILO-Konvention 169 von Seiten der Regierenden, obwohl Peru die Konvention bereits 1993 unterschrieben hat. Damit verpflichtete sich der Staat eigentlich dazu, auch Gebiete als indigenes Territorium anzuerkennen, in denen Sammel- und Jagdwirtschaft sowie andere kulturelle Nutzungsformen (z.B. spirituelle Aktivitäten) vorliegen. In der Praxis peruanischer Funktionäre, die die Anträge für die Titulierung der Territorien von *comunidades nativas* bearbeiten, bestimmen jedoch ›positive Fakten‹ wie Häuserbau, Pflanzungen, Rinderzucht, Holznutzung etc. meist darüber, wie viel Land den Bewohnern zugesprochen wird. Zudem gehören Flüsse, Seen, Schluchten sowie alle unterirdischen Bodenschätze weiterhin dem Staat, auch wenn diese in den titulierten Gebieten liegen (Interview Sarasara 21.01.2004; vgl. auch García 2003: 22). Für Sarasara diktieren der ungleiche Zugang zu politischer Macht, der massive Auswirkungen auf die Umsetzungsmöglichkeiten für unabhängige Wirtschaftspläne hat, den Aktionsplan von CONAP. Er definiert den Ansatz seiner Organisation deshalb wie folgt:

»Der Indigene [...] muss jetzt, wenn sich ihm ein Unternehmen nähert, abschätzen können, welche Schäden diese Firma verursachen kann und welche Vorteile sie ihm bringen kann. Dann muss der Indigene darüber nachdenken, in welcher Form er sich beteiligen kann, damit die Schäden ausbleiben [...] und vor allem sagen, wie er am Gewinn beteiligt werden möchte. Denn, ob wir uns widersetzen oder nicht, der Staat, der sich als Besitzer des Territoriums fühlt, wird in jedem Fall die Ressourcen ausbeuten. Wir müssen auch eine praktische Philosophie entwickeln, ohne die ideo-logische Seite ganz zu vergessen« (Interview Sarasara 21.01.2004).

Produktionsorientierte versus politische Organisationen

Vielleicht möchte Sarasara mit seinem Ansatz auch die vorhandenen Spannungen zwischen ›produktionsorientierten‹ und ›politischen‹ Zusammenschlüssen unter den indigenen Tieflandbewohnern überwinden. Lehm (2003: 23) beschreibt die Tendenz unter Tieflandindianern, produktiven Organisationen (also Zusammenschlüssen mit wirtschaftlichen Zielsetzungen) eine größere Legitimität zuzuerkennen als solchen, die auf die politische Repräsentation abzielen, da erstere spezifische und konkrete Funktionen besitzen. Beide Organisationsformen werden demnach intern als im Wettstreit miteinander

stehend wahrgenommen. Unter diesen Vorzeichen ist in Peru 1995 ein nationaler Zusammenschluss entstanden, der »technische und politische Vorschläge aus indigener und bärlicher Sichtweise« entwickeln möchte, »um die natürlichen Ressourcen zu nutzen« (Interview Rufner 05.05.2004): die *Coordinadora Agroforestal Indígena y Campesina del Perú* (COICAP)³². Die Organisation fördert zum Beispiel die Entwicklung von Holzunternehmen in indigenen Gemeinden im peruanischen Amazonasgebiet – auf Grundlage bestehender wirtschaftlicher Einheiten (Familien bzw. Netzwerke von Personen, die in direkten Austauschbeziehungen zueinander stehen). Damit wird auch der Erkenntnis Rechnung getragen, dass bisherige Projekte, die auf die Etablierung kommunal geführter Unternehmen abzielten, größtenteils fehlgeschlagen. Nicht die Dörfer sind in den meisten Fällen die kleinste wirtschaftlich (und politisch) relevante Einheit, sondern unabhängig davon agierende Netzwerke von miteinander in reziproken Austauschbeziehungen stehenden Individuen. Dieses Netzwerk beschränkt sich nicht unbedingt auf Mitglieder des eigenen Dorfes, sondern überwindet diese Grenzen (vgl. COICA und Oxfam 1995; Smith 2002b; Gasché 2004). Hildebrando Rufner, 2004 Mitglied im Vorstand von COICAP, definiert die Herausforderungen, vor denen die Tieflandindianer stehen, wie folgt:

»Wir müssen jetzt in die Etappe der Produktion und des Gebrauchs der Ökosysteme und Biodiversität durch die indigenen und bärlichen Gemeinden eintreten [...] Wir müssen die Macht von AIDESEP und CONAP dezentralisieren [...] die politischen Gremien können nicht für die Menschen Entscheidungen treffen, die dort [in den Gemeinden] herausragen möchten [...]« (Interview Rufner 05.05.2004).

Wenn man sich die Genese indigener Organisationen erneut ins Gedächtnis ruft, fällt auf, dass die Zusammenschlüsse anfangs gerade auch in Bezug auf wirtschaftliche Aspekte von Bedeutung waren. So wollten die Anwesenden bei der ersten *Konferenz von Amuesha-Führern* im Jahre 1969 unter anderem deshalb als Rechtssubjekte innerhalb des Nationalstaates anerkannt werden, um Zugang zu Krediten sowie die Möglichkeit zur Bildung von produktions- und marktorientierten Kooperativen zu erhalten (vgl. Kapitel VII). Auch der Zusammenschluss von Asháninka-Gemeinden im zentralen Tiefland, CECONSEC, war anfangs eine Genossenschaft für die Vermarktung von Kaffee gewesen. Der Ethnologe Carlos Mora reflektiert die Entwicklung indigener Organisationen in diesem Zusammenhang wie folgt:

»[...] eine Sache, die nicht erfolgreich entwickelt wurde und die es nicht geschafft hat, den allgemeinen Entwicklungsprozess zu begleiten, ist das wirtschaftliche Thema. Es gelingt [den Organisationen] nicht [...], ein Modell wirtschaftlicher Entwick-

32 Dt. »Forstwirtschaftlicher indigener und bärlicher Zusammenschluss Perus«.

lung und wirtschaftlicher Alternativen für die Gemeinden zu schaffen. [...] die Einschlussbedingungen in die regionalen Ökonomien haben sich beständig erschwert für die Gemeinden« (Interview Mora 15.01.2004).

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mitgliedern indianischer Dörfer und externen Akteuren konnte bisher nicht grundlegend verändert werden. Auch wenn dieses Anliegen eines der zentralen Motive früher Organisationsgründungen war, erfüllten sich diesbezügliche Erwartungen an die Zusammenschlüsse nicht. Im Gegenteil: Die Organisationen waren und sind selbst abhängig von internationalen Zuwendungen. Damit verlieren zumindest die übergeordneten regionalen und nationalen Instanzen eine wichtige Quelle ihrer politischen Legitimation im lokalen Kontext. Es gibt keine konkreten gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Direktive und Wählerschaft, wohl aber zwischen Repräsentanten und Geldgebern. CONAP schlug in dieser Hinsicht neue Wege ein und versuchte, eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen. Vielleicht schaffte es die Organisation auch deshalb, sich innerhalb kurzer Zeit zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten AIDESEPs zu entwickeln.

4. Die staatliche ›Indigenenpolitik‹ am Anfang des 21. Jahrhunderts

»Die verschiedenen Regierungen haben versucht, den indigenen Völkern Lösungen anzubieten. So entwickelt jede Regierung ein Programm [...], aber wenn sie aus dem Amt scheidet, stirbt auch ihr Programm« (Interview Sarasara 21.01.2004).

Nach dem abrupten Ende der Präsidentschaft von Fujimori im Jahre 2000 konnte die indigene Bewegung der Tieflandindianer kurzfristige politische Erfolge unter der Übergangsregierung von Valentín Paniagua verzeichnen. Aus der *Selva Central* reisten Abgesandte der Asháninka, Nomatsiguenga und Yanesha nach Lima. Sie wurden von Paniagua persönlich empfangen. Er bestätigte den Repräsentanten, dass die Probleme der Tieflandindianer struktureller Natur seien und versprach die Einsetzung einer Kommission, um Vorschläge bezüglich ihrer Forderungen zu erarbeiten. So kamen Anfang 2001 Delegierte von AIDESEP sowie CONAP mit Sozialwissenschaftlern und Regierungsbeamten zusammen, um am runden Tisch Probleme sowie Lösungsvorschläge zu diskutieren. Der Dialog wurde als ›Öffnung‹ und Hoffnungsschimmer für eine Institutionalisierung indigener Interessenvertretung betrachtet (vgl. García und Lucero 2003; vgl. Lehm 2003; Smith 2001; Gespräch Meentzen

20.01.2004).³³ Diese Hoffnung setzte sich auch unter Alejandro Toledo anfangs noch fort – dadurch, dass er bewusst Gebrauch von indigenen Symbolen machte. So inszenierte er zum Beispiel seine Einsetzung zum Präsidenten mit einer Zeremonie in Machu Picchu. Außerdem unterzeichnete er zusammen mit den Präsidenten Boliviens, Ecuadors, Kolumbiens und Venezuelas die *Deklaration von Machu Picchu* – ein Dokument, das die ›Verteidigung indigener Rechte‹ in der gesamten Region versprach. Die Unterzeichner wollten damit unter anderem die Ausarbeitung und Verabschiedung der parallel zur UN-Erklärung indigener Rechte angestrebten *Amerikanischen Deklaration zu den Rechten indigener Völker* in der OAS vorantreiben.³⁴

Toledos belgische Ehefrau Eliane Karp, (Hobby-)Ethnologin³⁵ und des Quechua mächtig, machte das ›Thema Indigene‹ auch zu ihrem offiziellen Anliegen als Präsidentengattin. Sie rief sich zur Vorsitzenden einer neuen Kommission aus – der *Comisión Nacional para los Pueblos Andinos, Amazónicos y Afro-Peruanos* (CONAPA)³⁶. Die 1998 von Fujimori geschaffene *Secretaría Técnica de Asuntos Indígenas* (SETAI)³⁷, welche die Funktion des *Instituto Indigenista* übernommen hatte, wurde derweil zum technischen Arm der CONAPA. Kritiker verwiesen bald auf den Umstand, dass damit die unter Paniagua erarbeiteten Vorschläge zunichte gemacht wurden, da die Kommission weder den Rang eines Ministeriums noch Eliane Karp ein offizielles Mandat innerhalb der Regierung besaß (García und Lucero 2003: 13). CONAPA wurde mit Mitarbeitern unterschiedlicher Ranghöhe aus verschiedenen Ministerien besetzt und besaß keinerlei Entscheidungsbefugnis, sondern bekam lediglich die wenig spezifische Funktion »Vorschläge zu erarbeiten« (vgl. Servindi 18, 2002: 1). Auch die Zusammensetzung des Gremiums

-
- 33 Die Ergebnisse dieses runden Tisch wurden in einer Publikation zusammengefasst und veröffentlicht unter den Titel *Defendamos los derechos de los pueblos indígenas amazónicos. Memoria de un proceso de interlocución 2001* (ARPI o.J.).
- 34 Als weiteres Indiz für eine Wandlung der Beziehungen zwischen Regierung und Indigenen wurde auch die Wahl der Aymara Paulina Arpasi als Kongressabgeordnete durch Toledos Partei *Perú Posible* gesehen.
- 35 García und Lucero (2003: 23) bemerken in ihrer Analyse der indigenen Bewegung des peruanischen Amazonasgebiet, dass Eliane Karp entgegen der allgemeinen Annahme, in Stanford, wo sie Toledo kennen lernte, nicht Ethnologie sondern Französisch studiert hätte.
- 36 Dt.›Nationale Kommission für die Völker der Anden, des Amazonas und für die Afro-Peruaner.‹
- 37 Dt. ›Sekretariat für indigene Angelegenheiten‹. Das Sekretariat wurde Teil des Frauen- und Entwicklungsministeriums, während das *Instituto Indigenista* dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet worden war. Durch die Umstrukturierung des Instituts in ein Sekretariat sowie dessen Zuweisung zu einem relativ unbedeutsamen Ministerium verwies Fujimori de facto die Einrichtung auf unterste Ebene der staatlichen Bürokratie (Gespräch Barclay 16.04.2004; vgl. auch Dean 2002: 203).

wurde als unzureichend kritisiert: die indigenen Repräsentanten seien von Karp ausgesucht worden, lautete der Vorwurf der Gegner. Der Präsident von CONAP, César Sarasara, bringt die Kritik folgendermaßen auf den Punkt:

»Diese Regierung hat das Modell der CONAPA ins Leben gerufen, das interessant ist. Aber die Regierenden denken immer noch, dass wir selbst nicht fähig sind, uns zu beteiligen, einen akademischen, intellektuellen Beitrag zu leisten. Deshalb versuchen sie, ihre Denkweise durch eine Institution wie CONAPA durchzusetzen« (Interview Sarasara 21.01.2004).

Die neue Kommission erhielt fünf Millionen Dollar von der Weltbank, ein Kredit, der für Projekte zu Gunsten der indigenen Bevölkerung gewährt wurde. Um die Verwendung dieser Gelder spitzte sich im April 2004 ein öffentlicher Streit zu, in dem CONAPA der Misswirtschaft angeklagt wurde (vgl. IWGIA 2005: 174f.). Zu diesem Zeitpunkt war die Präsidentengattin bereits auf Grund massiven Drucks in ihrem Amt durch den jungen Shipibo Miguel Hilario ersetzt worden, der aber weder von AIDESEP noch von CONAP als legitimer Repräsentant anerkannt wurde. Eliane Karp und ihre private Stiftung *Fundación Pacha* wurden zur Zielscheibe des öffentlichen Korruptionsvorwurfs in Bezug auf die Verwendung des Weltbankkredits. An dem Ärger, der sich über ihre Person verbreitete, war auffallend, dass ihr als Nicht-Peruanerin der Vorwurf gemacht wurde, in quasi kolonialer, paternalistischer Manie ›für die Indigenen‹ sprechen zu wollen. Wenn auch meist die internationalen Unterstützer die wichtigsten Verbündeten indigener Organisationen sind, können sich diese ›positiven Attribute‹ in politischen Auseinandersetzungen schnell in ihr Gegenteil verwandeln. In zahlreichen Gesprächen, die ich mit indigenen Aktivisten führte, wurde Eliane Karp vorgeworfen, dass sie sich eines Themas bemächtige, in dem sie als Ausländerin Zurückhaltung üben müsse.

CONAPA wurde im Laufe des Jahres 2004 aufgelöst, und an seine Stelle trat eine neue Institution: Am 16. Dezember 2004 verabschiedete der Kongress eine Resolution zur Schaffung eines autonomen Organismus mit ministerialem Rang, das den Namen *Instituto Nacional de Desarrollo de los Pueblos Andinos, Amazónicos y Afroperuanos* (INDEPA)³⁸ erhielt. Neun indigene Repräsentanten aus den Anden und dem Amazonasgebiet sowie der Afroperuaner sollten, so die Gesetzgebung, direkt in die Direktive von

38 Dt. ›Nationales Institut für die Entwicklung der Völker der Anden, des Amazonas und der Afro-Peruaner‹. INDEPA soll das zentrale nationale Organ für indigene Angelegenheiten werden. Es soll die Ausführung von Projekten und Programmen koordinieren, die die ›Rechte und die Entwicklung mit Identität der Völker der Anden, des Amazonas und der Afro-Peruaner unterstützen‹ (vgl. IWGIA 2005: 174ff.).

INDEPA gewählt und nicht, wie bei der Zusammensetzung von CONAPA, von der Regierung zugewiesen werden.³⁹ Jedoch würde der Konstitutionsprozess der neuen Institution im Angesicht der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 nur schleppend vorangehen, wie Vertreter indigener Organisationen sowie ihre Unterstützer im Juni 2005 zu Bedenken gaben (Gespräch Meentzen 07.06.2005; Gespräch Orozco 01.06.2005; Gespräch Agurto 16.06.2005). Die neu gewählte Regierung unter Präsident Alan García Pérez beschloss per Dekret im Februar 2007, die Eigenständigkeit INDEPAs aufzuheben und das Organ mit dem *Ministerio de la Mujer y Desarrollo Social* (MIMDES)⁴⁰ zu fusionieren. Jedoch verabschiedete der Kongress im Oktober desselben Jahres einen Gesetzesentwurf, der diese Fusion wieder aufhob.

Die indigene Bevölkerung Perus scheint für die Regierenden vor allem dann zu einem Thema zu werden, wenn der Blick von außen auf das Land gerichtet wird – sei es auf Grund der Ausrufung einer entsprechenden UN-Dekade, weil Institutionen wie der IWF die Vergabe von Krediten an die Durchführung von Maßnahmen zum Einbezug der indigenen Bevölkerung knüpft, oder weil die Weltbank Kredite für Projekte zu vergeben hat. Das mäßige Interesse wurde auch eindrücklich durch ein Symposium zur staatlichen ›Indigenenpolitik‹ am 30. Mai 2005 belegt, das von Abteilungen verschiedener Ministerien in Kooperation mit indigenen Organisationen (u.a. AIDESEP) organisiert worden war. Mehrere Teilnehmer der Veranstaltung bedauerten, kaum bzw. keine Abgeordneten unter den Besuchern zu sehen. Auch von den angekündigten hochrangigen Politikern, die auf der Rednerliste standen, erschien niemand. Anwesend waren hingegen die Vertreter nationaler und internationaler Entwicklungsorganisationen sowie Repräsentanten der indigenen Organisationen.

39 Die nationale Organisation CONAP kritisierte in einem öffentlichen Schreiben an Präsident Toledo vom 31.10.2005, dass entgegen der Forderungen nach paritätischer Besetzung (Hälften Regierungsvertreter Hälften Repräsentanten indigener Organisationen) nur 9 der 23 Mitgliedern von INDEPA von indigener Seite gestellt werden könnten. Ferner wird bemängelt, dass den Organisationen des Amazonasgebietes lediglich eine Beobachterfunktion bei den Wahlen zugewiesen werde, nicht aber eine ausführende, die ihnen eigentlich zustehe (CONAP 2005: o.S.).

40 Dt. ›Ministerium für die Frau und soziale Entwicklung‹.

5. Die COPPIP: Idee einer nationalen panindigenen Bewegung

1997 entstand als Resultat eines Forums über indigene Rechte, das in Cuzco stattfand, die *Conferencia Permanente de Pueblos Indígenas del Perú* (COPPIP)⁴¹. An diesem Zusammenschluss beteiligten sich unter anderem Föderationen aus dem Amazonasgebiet sowie bäuerliche Gewerkschaften aus dem Andenraum (wie die CNA und CCP). Mit der Unterstützung einer kanadischen NGO führte die COPPIP in der Folge Seminare durch, um Vorschläge für Verfassungsänderungen zu erarbeiten. Der Zusammenschluss stand allen Organisationen offen, die sich mit indigenen Themen identifizierten und stellte den ersten Versuch in Peru dar, eine geschlossene nationale politische Bewegung zu kreieren, an der sich Anden, Küste und Amazonas gleichermaßen beteiligten. Bald jedoch entstanden die ersten Konflikte, die in einer Zweiteilung des Zusammenschlusses resultierten. Unter Führung der zwei stärksten Organisationen, AIDESEP und CONACAMI (*Coordinadora Nacional de Comunidades Adversamente Afectadas por la Minería*)⁴², erhielt die eine Hälfte in der Folge Unterstützung großer internationaler Entwicklungsorganisationen. Darauf stand die Hoffnung, dass COPPIP sich als ›peruanische Variante‹ des nationalen Zusammenschlusses indigener Organisationen in Ecuador, CONAIE, etabliert. Auch wollte man damit die ›Reindigenisierung‹ der Andenorganisationen unterstützen (Gespräch Rojas 14.04.2004). Im Falle CONACAMIs waren diese Bemühungen erfolgreich: Die Organisation war ursprünglich auf Grund von Problemen der darin zusammengeschlossenen Gemeinden mit Bergbauunternehmen entstanden. Letzteren waren unter Fujimori und Toledo große Konzessionen in Gebieten zugeteilt worden, die eigentlich in Besitz von *comunidades campesinas* waren. Nach und nach entwickelte CONACAMI jedoch auch einen Diskurs, der auf ihre ›Rechte als Indigene‹ verwies (Gespräch Orozco 31.05.2005; Gespräch Agurto 18.05.2005).

AIDESEP und CONACAMI einigten sich auf einen wechselnden Vorsitz in der COPPIP. Gleichzeitig betonten vor allem die Vertreter von AIDESEP, dass die COPPIP lediglich eine Art runder Tisch der indigenen Organisationen aus ganz Peru sei, nicht aber die neue nationale Repräsentationsinstanz. Der damalige Vize-Präsident von AIDESEP, Haroldo Salazar, verwies in diesem Zusammenhang auf den Umstand, dass COPPIP bis 2004 kein eigenes Büro besessen hätte, sondern innerhalb der Räumlichkeiten seiner Organisation funktioniert habe. Er betonte nachdrücklich, dass AIDESEP seinen nationalen Vertretungsanspruch auf keinen Fall mit der COPPIP teilen oder gar an diese abgeben wolle (Interview Salazar 14.01.2004).

41 Dt. ›Ständige Konferenz der indigenen Völker Perus‹.

42 Dt. ›Nationale Koordination von Gemeinden, die vom Bergbau betroffen sind‹.

Miguel Palacín, Präsident von CONACAMI und 2003-2004 mit dem Vorsitz in der COPPIP betraut, erklärt die Bedeutung des Zusammenschlusses wie folgt:

»In den Anden mobilisieren wir viele Menschen und stellen unsere Forderungen, leisten Widerstand, es wird wenig verhandelt. Im Gegensatz dazu wird im Amazonas sehr wohl verhandelt, warum? Weil es in den Anden wenig Land gibt und wir viele Völker sind, gibt es nichts zu diskutieren, im Amazonas ist das anders herum: Es gibt viel Land und wenige Völker. Um nicht unterworfen zu werden, müssen sie verhandeln. So gibt es einen Austausch: Wir vermitteln die Erfahrung, dass man Widerstand leisten muss. AIDESEP hatte viel Angst davor zu mobilisieren, sie sagten, wir mögen diese Dinge nicht, aber jetzt mobilisieren sie, und wir lernen, dass es wichtig ist, politische Vorschläge zu haben. Deshalb wollen wir unsere beiden Regionen politisch zusammenschließen in der COPPIP« (Interview Palacín 14.04.2004).

Jedoch schienen in der Realität die Eigeninteressen auf Seiten AIDESEPs sowie CONACAMIs über den Wunsch der Zusammenarbeit zu dominieren. COPPIP startete 2004 einen Versuch, sich von der nationalen Ebene aus auch auf regionaler zu etablieren. Dafür teilte man Peru geografisch in vier Regionen ein, die sich nicht an dem klassischen Muster Küste, Anden, Amazonas ausrichteten, sondern eine horizontale Aufteilung vorwiesen. Dadurch wollte man erreichen, dass der Amazonas innerhalb der Strukturen der COPPIP nicht als ein regionaler Block den anderen beiden gegenüberstünde. Denn, so das Argument, die indigene Amazonasbevölkerung sei den indigenen Andenbewohnern numerisch unterlegen. Sie würde, da sie ja bereits über eine starke nationale Repräsentation verfügte, sonst vielleicht den neuen Zusammenschluss boykottieren (Interview Palacín 14.04.2004).

In den vier eingeteilten Regionen fanden im Laufe des Jahres 2004 Zusammenkünfte statt, um lokale Organisationen zum Beitritt zu animieren sowie regionale Zusammenschlüsse zu kreieren (sogenannte »Makro-Regionen«). Höhepunkt bildete ein nationales Treffen im Dezember des Jahres. Jedoch war es schon zuvor erneut zu Differenzen innerhalb der nationalen Leitung der Organisation gekommen. Verschiedene Gesprächspartner äußerten deshalb die Vermutung, dass Miguel Palacín die Treffen primär dazu benutzte, lokale Organisationen als Mitglieder von CONACAMI zu werben. So wolle er die Position seines Zusammenschlusses stärken (eigene Aufzeichnungen 18.05.2005, 31.05.2005, 02.06.2005). Nachdem Palacín zudem keinen Kongress einberief, um die Präsidentschaft von COPPIP turnusgemäß an AIDESEP abzugeben, ruhten die Aktivitäten der Organisation seit Dezember 2004.

Die bisherige Geschichte der COPPIP verdeutlicht die unterschiedlichen Interessen von Tief- und Hochlandbewohnern sowie die historisch vorbelastete Beziehung. Wie tief der Graben ist, wird zum Beispiel deutlich, wenn mich

der Präsident von CONAP im Gespräch auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen von ›Bauern‹ und ›Indigenen‹ verweist und auf meine Nachfrage hin, wer die ›Bauern‹ und wer die ›Indigenen‹ seien, sagt: »Die Bauern wohnen in den Anden, Indigene im Amazonasgebiet« (Interview Sarasara 14.01.2004). Eine nationale Repräsentantin von AIDESEP wiederum erzählte mir von ihrer gemeinsamen Reise zu einer Konferenz mit einer Vertreterin aus den Anden. Sie seien immer wieder aneinander geraten, und im Streit hätte sie die Andenrepräsentantin dann ›chuncha‹ genannt.⁴³ Die Repräsentantin sah diese Auseinandersetzungen in grundlegenden Differenzen zwischen indigenen Hochland- und Tieflandbewohnern begründet (eigene Aufzeichnungen 27.07.2005).

Auch Palacín führte aus, dass bei der geografisch-organisatorischen Neuauftteilung Perús mit Protesten von Seiten der Andenorganisationen zu rechnen sei. Diese fühlten sich als zahlenmäßig größere Bevölkerungsgruppe bei derlei Aufteilung unterrepräsentiert (Interview Palacín 21.04.2004). Die starke finanzielle Unterstützung, die COPPIP von internationalen NGOs erhielt, lässt hingegen vermuten, dass die Idee einer nationalen panindigenen Bewegung wohl vor allem die nicht-indigenen Unterstützer begeistert und von den beteiligten indigenen Akteuren für andere politische oder persönliche Ziele genutzt wird. Miguel Palacín wurde derweil am 17.Juli 2006 in Cusco zum Vorsitzenden eines neuen transnationalen Zusammenschlusses gewählt, der *Coordinadora Andina de Organizaciones Indigenas* (CAOI)⁴⁴.

6. Schluss: Indigene Akteure auf den ›battlefields‹ um politische Macht, Wissen und Projekte

Bisher habe ich gezeigt, wie sich die Föderationen und ihre regionalen und nationalen Dachverbände aus dem Zusammenspiel lokaler, nationaler und internationaler politischer Prozesse heraus entwickelt haben. Die detaillierte Nachzeichnung dieser Prozesse lässt die Brüche und Neustrukturierungen sowie Spannungen und Konflikte in der politischen Organisation der indigenen Gesellschaften des Amazonasgebietes deutlich werden.

43 *Chuncho (chuncha)* ist eine Bezeichnung für die indigenen Bewohner des peruanischen Tieflands. Es wird meist als Schimpfwort gebraucht, das große Verachtung zum Ausdruck bringen soll (vgl. Kapitel VII.1).

44 Dt. ›Andine Koordinationsstelle indigener Organisationen‹, ein Zusammenschluss von Organisationen aus Chile, Bolivien, Peru, Ecuador und Kolumbien, der sich für den Aufbau plurinationaler Staaten und interkultureller Gesellschaften einsetzt und dabei vor allem den Schutz indigener Territorien, die eigenständige Verwaltung der natürlichen Ressourcen dieser Gebiete durch indigene Gemeinden sowie die Umsetzung der ILO Konvention 169 fordert.

Die ethnischen und panethnischen Zusammenschlüsse entwickelten sich im Verlauf der Organisationsprozesse zu nationalstaatlich geprägten Kategorien. Eine in der Vergangenheit stärker »performative Ethnizität« (Hutchinson 2000), flexibel und fließend, machte im Kontext der modernen Organisationsprozesse dem Entwurf ›indiger Nationalitäten‹ im politischen Diskurs der neuen Repräsentanten Platz: Die indianischen Gesellschaften des Tieflands wurden in den Schriften und Reden dieser Vertreter zu *Völkern*, die Gebiete, in denen sie siedelten, zu *Territorien*, und ihre kulturellen Besonderheiten zu einem (bedrohten) *Eigentum*. Der politische Einschluss in die peruanische Nation bewirkte, dass viele indigene Repräsentanten ihrerseits begannen, »wie ein Staat zu sehen« (Scott 1998) – entweder, indem sie für die Erschaffung eines autonomen indigenen Territoriums kämpften (AIDESEP) oder, indem sie einen ›selbstbestimmten‹ wirtschaftlichen Einschluss in die bestehenden nationalen Zusammenhänge anstrebten (CONAP). Dabei erwies sich als grundlegendes Problem, dass sie nicht über die gleichen politischen und wirtschaftlichen Ressourcen wie die Regierenden eines Staates verfügten. Auch wenn sie es schafften, nationale, panethnische Vertretungsinstanzen zu etablieren, blieben die lokalen Gemeinden und die supralokalen Föderationen politisch unabhängig. Das für die indianischen Tieflandgesellschaften typische segmentäre Vergesellschaftungsprinzip setzte sich immer wieder gegen Zentralisierungsbestrebungen durch und verhinderte somit die Etablierung neuer Herrschaftsverhältnisse. Während die Ausbildung eines politisch-ideologischen Diskurses das grundlegende politische Kapital der neuen indigenen Interessenvertreter im Umgang mit staatlichen Funktionären und vor allem den Unterstützern bildete, blieben die Verhältnisse im Innern der indigenen Bewegung diffus. Sie durchliefen die in den theoretischen Ausführungen als ›typisch‹ beschriebene Entwicklung sozialer Bewegungen (vgl. Kapitel II.1): Wachstum und Institutionalisierungsprozess der indigenen Bewegung, exemplarisch nachvollzogen an Hand einer Auswertung der AIDESEP-Zeitschrift *Voz Indígena*, gingen einher mit Schismogenese und Fraktionsbildungen. Die Zusammenschlüsse besaßen eher den Charakter loser und flexibler strategischer Netzwerke als den stabiler, »moralischer Teams«⁴⁵ (Bailey

45 Im Rahmen der Entwicklung transaktionaler Ansätze unterschied der Ethnologe Bailey (1969) in der Politik zwischen moralischen und transaktionalen Teams. Ein moralisches Team besteht aus einem politischen Führer und einem Kern von Gefolgsleuten, die an ihn glauben und mit ihm gemeinsame Überzeugungen und Werte teilen. Eine Reihe wichtiger normativer Regeln, denen öffentlich und ethisch zugestimmt wird, bestimmen die politische Stärke und das Spiel moralischer Teams. Sie entwickeln sich leicht zu bürokratischen Apparaten. Transaktionale Teams bestehen hingegen aus einem politischen Führer mit einer kleinen Gruppe Anhänger sowie einer großen Zahl von Personen, die diesem folgen, solange es ihnen konkrete Vergünstigungen bringt. Transaktionale Teams sind lockere Bündnisse, die von konkreten Zielen bestimmt werden und an Bedeutung

1969). Noch komplizierter wurde die Situation für die neuen indigenen Repräsentanten beim Versuch, einen Zusammenschluss zwischen Hochland- und Tieflandindianern zu bewirken. Die diskursive Betonung einer ›panindigenen Schicksalsgemeinschaft‹ konnte sich in der Realität nicht gegen gefühlte Differenzen zwischen den verschiedenen Interessengruppen durchsetzen.

Die peruanische Regierung unterstützte durch die Gesetzgebung zu den *comunidades nativas* im Tiefland den Fragmentierungsprozess der neu proklamierten politischen Gemeinschaft unter staatlichen Vorzeichen: Eher willkürlich gezogene Dorfgrenzen wurden zu politisch-administrativen Grenzen, die mit der Zeit eine reale Bedeutung für die Bewohner gewannen. Während sich die Gemeinden somit zu neuen Körperschaften mit eigenständigen administrativen und politischen Rechten entwickelten, blieben die supralokalen Zusammenschlüsse Lobbygruppen außerhalb des institutionalisierten politischen Feldes. Auch wenn sie sich selbst als ›Volksvertreter‹ sahen, gelang es den Repräsentanten der indigenen Zusammenschlüsse auf keiner Organisationsebene, ein dauerhaftes System von ›Tributzahlungen‹ zu errichten, durch welches sie an politischer Macht im Innern und an Autonomie gegenüber dem Staat und den externen Unterstützern gewonnen hätten. Sie schienen keine Möglichkeit zu besitzen, ihre Wählerschaft zur Kooperation zu zwingen. Die Organisationen erfüllten stattdessen folgende Funktionen:

- Die Zusammenschlüsse sollten materielle und finanzielle Ressourcen unter Ausschaltung möglichst vieler Vermittlungsinstanzen kanalisieren;
- sie dienten in diesem Zusammenhang dem Aufbau eines klientelistischen Netzwerkes, auch innerhalb der organisierten Gruppen;
- sie waren Plattform politischer Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der und zwischen den einzelnen Föderationen.

Der peruanische Staat bewies noch auf eine andere Art, dass ihm seinerseits nichts daran gelegen war, zur Stärkung der politischen Macht der föderativen Zusammenschlüsse der indigenen Tieflandbewohner beizutragen: Durch die Zuweisung des Status von NGOs erklärte man die Assoziationen zu zivilgesellschaftlichen Lobbygruppen und Empfängern von ›Entwicklungsgeldern‹. Die Einrichtung repräsentativer, staatlicher Instanzen mit realen Machtbefugnissen für die und durch die indigene Bevölkerung des Landes wurde, trotz Verfassungsänderung im Jahre 1993 und finanzieller Unterstützung der Weltbank, bis heute nicht effektiv umgesetzt. Auch wenn seit Einrichtung des *Instituto Indigenista* immer wieder Abteilungen für ›indigene Belange‹ innerhalb staatlicher Regierungsstrukturen geschaffen werden, so haben sich bis heute vor allem die Namen der jeweiligen Institutionen verändert, kaum jedoch die politischen Praktiken.

verlieren, wenn die Ziele, die ihren Zusammenschluss bestimmten, erreicht sind oder verloren gehen.